

Vormärts

DONNERSTAG

19. Januar 1933

Morgen-Ausgabe

Nr. 31 A 16 50. Jahrg.

Redaktion und Verlag:

Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Telefon: 37 121-122-123-124-125

Telegrammbezeichnung: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER



VOLKSBLATT

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

In Groß-Berlin 10 Pf.

Auswärts..... 15 Pf.

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
siehe am Schluß bei reduzierten Preisen

Bauern und Junker Der Osthilfeskandal

Auf die peinlichen Anfragen des Zentrums über den Stand der Osthilfe hat der Freiherr v. Braun jetzt mit Zahlenmaterial geantwortet, das die schlimmsten Erwartungen über den Verlauf der Osthilfe zu rechtfertigen geeignet ist.

Entschuldungsdarlehen waren von der Bank für deutsche Industrieobligationen bis zum 31. Dezember 1932 bewilligt für

11 748 Bauernbetriebe mit rund 228 000 Hektar
69,5 Millionen Mark.

722 Großbetriebe mit rund 344 000 Hektar
60 Millionen Mark.

Die unendlichen Verschleppungskünste der Bürokratie der Osthilfe zeigen sich darin, daß von den endgültig bewilligten rund 130 Millionen Mark endgültig ausgezahlt sind rund 40 Millionen Mark, an die Auszahlungsinstitute sind überwiesen rund 25 Millionen Mark, mithin rund 65 Millionen Mark zwar bewilligt, aber weder ausgezahlt, noch zur Zahlung angewiesen sind.

Die allgemeinen Klagen aus dem Osthilfegebiet, daß die Hunderte von Beamten und Angestellten der Osthilfe und der Bank für deutsche Industrieobligationen mit einem minimalen Leistungseffekt, der in trübsamen Mißverhältnissen zu ihrer großsprecherischen Annahme steht, arbeiten, finden also ihre volle Bestätigung.

Die Bevorzugung der Junker, die sich seit dem Ausscheiden Preußens aus der Osthilfe und vor allem dem Amtsantritt des Freiherrn v. Braun ja von selbst versteht, kommt in den Zahlen selbst bereits plastisch zum Ausdruck. Während im Durchschnitt auf die entschuldeten bäuerlichen Betriebe je Betrieb ein Entschuldungsdarlehen von knapp 6000 M. entfiel,

erhielten die Betriebe der Junker im Durchschnitt je über 80 000 M.!

Von den rund 530 000 Bauernbetrieben (mit je über 2 Hektar Fläche) der Osthilfegebiete erhielten bisher rund 2,2 Proz. von den rund 13 500 Großbetrieben über 5,4 Proz. Bewilligungen von Entschuldungsdarlehen; die Bevorzugung der Großbetriebe ist also bereits an diesen Zahlen offensichtlich.

Sie lassen jedoch erst den Anfang einer Entwicklung erkennen. Denn die Osthilfebürokratie hat die begriffliche Tendenz, zunächst die „glatten Fälle“ zu erledigen, um mit großen Leistungen aufwarten zu können. Unter diesen glatten Fällen befinden sich jedoch in erster Linie die Fälle der bäuerlichen Betriebe. Sind bisher also gleichwohl verhältnismäßig zweieinhalbmal soviel Großbetriebe wie bäuerliche Betriebe entschuldet worden, so werden es voraussichtlich bald dreimal und viermal soviel sein! Eine fortlaufende Statistik würde dies bald erkennen lassen.

Dieser Tendenz der Osthilfe entspricht es natürlich auch, daß der Anteil der Großbetriebe an den bewilligten Entschuldungsmitteln viel größer ist, als ihrem Anteil an der landwirtschaftlichen Fläche des Osthilfegebietes entspricht. Während dieser weniger als 40 Proz. beträgt, haben die Junker bereits über 46 Proz. der bewilligten Entschuldungsdarlehen erhalten!

Schamvoll schweigt sich der Freiherr v. Braun darüber aus, wie die Zuschüsse und Darlehen aus Reichsmitteln, die landwirtschaftlichen Betrieben bei der Osthilfe gewährt werden, sich auf die Bauern und die Junker verteilen. Wahrscheinlich ist hier das Verhältnis noch viel ungünstiger. Hoffentlich wird er diese Zahlen noch nachliefern müssen, ebenso wie die Nachweisun-

Hitler beim Geldsack

Für oder gegen Schleicher

Je mehr die Geldnot der Nationalsozialisten steigt, um so unsicherer wird ihre politische Latit — im Augenblick wissen sie selber noch nicht, ob sie Schleicher tolerieren oder nicht, ob sie die Reichstagsfraktionen noch einmal vertagen oder nicht. Alles hängt davon ab, wieviel Geld noch einmal herausgeschlagen werden kann, um den kostspieligen Apparat noch ein paar Monate über Wasser zu halten. Zwar tauchen die braunen Bettelbuben wieder in den Straßen auf, aber was die von den einst geschmähten Spiegbürgern erhalten, macht das Kraut nicht fett. Deshalb muß es mit den großen Geldsäcken wieder versucht werden. Wieder geht man Herrn Thyssen, dem Vermittler zur Schwerindustrie, um den Bart. Wie das Nachrichtenbüro des NSD, meldet, fand am Mittwoch in der Dienstwohnung des preussischen Landtagspräsidenten Kerrel ein politisches Essen statt, zu dem der Landtagspräsident geladen hatte. Zu diesem Essen war neben dem Reichstagspräsidenten Göring und dem Fraktionsführer der Nationalsozialisten im Preussischen Landtag Abg. Rube auch der Führer der NSDAP, Adolf Hitler sowie der Industrielle Dr. Thyssen erschienen. Aber auch Herrn Thyssen fällt es immer schwerer, die Geldsäcke seiner Kumpane für den ungeschliffenen Adolf in der früheren Weise zu öffnen.

Natürlich versuchen die braunen Herrschaften, die Spuren über die Herkunft des Kapitalisten-

geldes möglichst zu vermissen. Jetzt sind sie aber einmal ertappt worden. Oberleutnant a. D. Prinz Hensburg und Rechtsanwalt Kienitz hatten im Juli 1932 bei der Schwerindustrie 250 000 Mark für Hitlers Arbeiterpartei zusammengeschnorrt. Um die Öffentlichkeit über die Herkunft des Geldes zu täuschen, war es zuerst nach Frankreich gebracht worden und sollte dann über eine französische Bank nach Saarbrücken überwiesen werden. Zu diesem Behufe mußte die Devisenverordnung verletzt werden, und dabei wurden die beiden obigen Herren ertappt, sie wurden verhaftet und 99 000 M. von der Schleibersumme beschlagnahmt. Jetzt teilt die Justizpressestelle mit:

„Das Ermittlungsverfahren gegen den Oberleutnant a. D. Prinz Hensburg und den früheren badischen Rechtsanwalt Kienitz wegen Devisenvergehens ist auf Antrag der Verteidigung durch Beschluß des Amtsgerichts Berlin-Mitte eingestellt worden. Die Einstellung erfolgte, weil der Einwand der Beschuldigten, aus politischen Gründen gehandelt zu haben, als nicht widerlegbar angesehen wurde. Die Staatsanwaltschaft I hat gegen diesen Beschluß vorjorglich Beschwerde eingelegt.“

Einmal ertappt, mußten die edelmütigen Schnorrer zugeben, daß das Geld für die Nazis bestimmt war, und diesmal hilft alles Ableugnen nicht mehr. „Die Schwerindustrie gehört auch

zur deutschen Wirtschaft“, wird Adolf sagen, „warum sollen wir uns also von hier nicht schmeißen lassen?“

Drohung mit Verfassungsbruch

Wie unsicher die Haltung der Nazis aber auch der Regierung selbst inzwischen geworden ist, zeigt eine Mitteilung des „Deutschen“, nach welchem wiederum der Plan der Auflösung des Reichstags unter Hinausschiebung der Neuwahlen um ein Jahr erwogen wird, um aus der Klemme herauszukommen. Die Projektionserklärung hochherzig, ehe die ganze Verfassung gefährdet werde, müsse man einen einzelnen Artikel etwas verbiegen. Mit Recht betont der „Deutsche“, daß dies „der Anfang vom Ende“ sei. Mit einem kleinen Verfassungsbruch fängt es an, und mit der Katastrophe endet es!

Bezeichnend für die Situation in dem Gemirr der Gerüchte ist es, daß selbst mit dem Reichstagsler Schleicher befreundete Blätter ihn für „Kampfmüde“ erklären. Das wäre für den Mann, der die Krisen der letzten Jahre hervorragend zu arrangieren wußte, etwas sehr rasch! Aber so viel scheint er gemerkt zu haben, daß es leichter ist, andere hinwegzuschleichen und heranzuschleichen, als selbst die Verantwortung zu tragen und großartige autoritäre Programmverprechungen einzulösen.

Klagges gegen die Verfassung

Verwaltungsgericht bestätigt es ihm

Eigener Bericht des „Vormärts“

Braunschweig, 18. Januar.

Das braunschweigische Verwaltungsgericht hat in einer auf eine Klage des Rates der Stadt Braunschweig gegebenen Urteilsbegründung erklärt: Die Tätigkeit des Staatskommissars verstoße gegen Reichs- und Landesgesetz.

An Stelle der Stadterordnetenversammlung amtiert in Braunschweig seit 1½ Jahren, auf Anordnung des Reichministers Klagges, ein Staatskommissar. U. a. hat er drei neue Stadträte eingesetzt. Gegen diese Willkürmaßnahme klagte der Rat beim Verwaltungsgericht. Es hat aus formalen Gründen die Klage abweisen müssen, weil die Einspruchsfrist verstrichen war. Dennoch sagt die Urteilsbegründung: ein Staatskommissar dürfe erst dann eingesetzt werden, wenn andere Wege zur ordnungsgemäßen Erledigung der Aufgaben der städtischen Verwaltung nicht mehr vorhanden seien. Das sei nicht der Fall und

deshalb verstoße seine Tätigkeit gegen Reichs- und Landesverfassung, vor allem gegen das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden.

Pfarrer als Bombenleger

Breslau, 18. Januar.

Das evangelische Konsistorium hat die vorläufige Dienstenthebung des Nazipastors Fuchs aus Dittmannsdorf, Kreis Waldenburg, mit Wirkung vom 20. Januar außer Kraft gesetzt. Der Beschluß des Konsistoriums stützt sich auf die am 10. d. M. erfolgte Hafentatung des Geistlichen.

Der Kampf um Jehol Chinesischer Vorstoß mißlungen

Tokio, 18. Januar.

Nach japanischer Mitteilung sei der Versuch von 45 000 Mann chinesischer Truppen, Lunlun zu

befallen, mißlungen. Durch die Zusammenarbeit der japanischen schweren Artillerie mit den Fliegern sei es gelungen, die chinesische Offensive zum Stillstand zu bringen. Die Kämpfe dauern jedoch noch an.

Japan bleibt im Völkerbund

Japanische Amtstellen erklären, daß die Mitteilung über den bevorstehenden Austritt Japans aus dem Völkerbund nicht bestätigt werden könne; die Regierung habe keinen solchen Beschluß gefaßt.

Japanische Delegierte in Europa lassen es allerdings an Austrittsdrohungen nicht fehlen.

Der 19er-Ausschuß des Völkerbundes bemüht sich um Verständigung über die zu fassende Entschließung, kommt aber gegen den japanischen Widerstand nicht weiter und vertagte sich wieder ohne Ansetzung der nächsten Sitzung!

Inzwischen geht der Krieg im Fernen Osten weiter, es werden vollendete Tatsachen geschaffen. In Genf aber spielen alle diplomatischen Künste, um einer Entscheidung auszuweichen!

gen über die Gläubigerverluste, die das Zentrum bereits verlangt hat!

Trefflich paßt es zu dem Bilde, das der Freiherr v. Braun von der Osthilfe gab, was er über das Siedlungswerk sagen kann. In den vier Jahren bis zum Beginn der Osthilfe 1924 bis 1927 wurden rund 10 000 Siedlerstellen begründet, in den folgenden Jahren, in denen das Osthilfe- und Siedlungswerk unter dem Einfluß der preussischen Staatsregierung und der Preufenkasse stand,

1928	rund	4250	Stellen
1929	5550	..
1930	7450	..
1931	8900	..

Im Jahre 1932 stand das Siedlungswerk unter dem Einfluß der Junker, des Herrn

Schlange aus Pommern, des Freiherrn v. Braun aus Ostpreußen. Die Zahl der neugeschaffenen Stellen ging unter den Stand von 1930 auf 6500 bis 7000 zurück!

Für 1933 sind bisher erst 3250 neue Stellen nach der Auffassung des Freiherrn v. Braun gesichert, weniger als 1927 bestedelt wurden. Er besitz jedoch den Mut, gleichzeitig dem Reichstag zu versichern, daß ja der Landanfall aus entschuldungsunfähigen Großbetrieben hinzutreten, und daß im Kabinett darüber beraten werde, wie

„Die Erfordernisse der Siedlungspolitik an die durch den erweiterten Vollstreckungsschutz gegebenen Bedingungen angepaßt werden sollen.“

Der unbedingte Borrang, den für die Regierung Schleicher-Braun der Vollstreckungs-

schutz vor der Siedlung besitz, konnte deutlicher als in diesem offiziellen Kommuniqué über die Kabinettsitzung wohl kaum zum Ausdruck kommen.

Massensanierung der Junker, Verelendung der Bauern und Abdrosselung der Siedlung sind die Leitmotive des Regimes des Freiherrn Magnus v. Braun, eines Mannes, den die preussische Staatsregierung zweimal aus hohen Ämtern im Staatsdienst und im Genossenschaftswesen entfernen mußte und der dennoch gut genug war, in den Kabinetten der autoritären Staatsführung unter dem Titel „Osthilfe“ den Ruin des deutschen Ostens zu vollenden!

Im Kampfe gegen die Kulturreaktion!

Genosse Nölting im Angriff gegen die faschistischen und feudalen Reaktionäre

Der Landtag beriet gestern nach dem Flaggenvorfall Schul- und Kulturrfragen.

Abg. Meißnermann (Nsoz.) begründet den nationalsozialistischen Antrag auf Verbot der weltlichen Schulen. Die Reichsverfassung stehe der Unterdrückung dieser Klassenkampfschulen zweifellos nicht im Wege, da sie ja in Braunschweig durchgeführt sei. Die paneuropäische pädagogische Erziehungsweise muß aus den Volksschulen heraus.

Abg. Haupt (Nsoz.) begründet den Antrag, daß in jeder Schulklasse mitgeteilt werden solle, daß das früher erlassene Verbot der Zugehörigkeit von Schülern zu nationalsozialistischen Jugendverbänden, dieses unerhörte Dokument der Knechtung der deutschen Jugend und der Verfolgung des Befehls zum deutschen Volkstum, aufgehoben sei.

Abg. Krefz begründet die kommunistischen Anträge.

Die Beratung wird planmäßig unterbrochen, um die zurückgestellten Abstimmungen vorzunehmen.

In diesen werden die nationalsozialistischen Anträge auf Entzerrung aller Juden von den staatlichen Theatern, vom Rundfunk und von den Rundfunkbeiträgen und vom Bühnennachweis mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und des Zentrums abgelehnt; hingegen mit den Stimmen des Zentrums angenommen, soweit sie sich gegen Ausländer richten.

Der Untersuchungsausschuß für das Fürsorgewesen wird entgegen den antragstellenden Kommunisten, die 29 Mitglieder wünschten, aus 15 Mitgliedern gebildet.

Eine große Anzahl Verkehrs-, Arbeitsbeschaffungs- und Subventionsanträge werden gemäß den Vorschlägen des Hauptausschusses und des Landwirtschaftsausschusses angenommen. Ebenso die Anträge gegen Scheckstillegungen.

Ein nationalsozialistischer Antrag auf Erweiterung der Amnestiebestimmungen hinsichtlich der Disziplinar- und Ehrenstrafen wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Hierauf wird die Kulturdebatte fortgesetzt.

Abg. Dr. Nölting (Soz.):

Es ist schwierig, in dieser Zeit, in der die Welt erschüttert und hoffnungslos nach Brot schreit, den Ruf nach Würde und Freiheit des Geistes erschallen zu lassen. Aber wir bleiben der besten sozialdemokratischen Tradition treu und lassen uns die Allianz von Arbeit und Wissenhaft — Wissenschaft in ihrem unersetzlichen Sinne — in ihrer alten und bewährten Kraft nicht rauben. (Sehr gut! bei den Soz., Börm bei den Nsoz.) Unter Widerstand gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem verliert nicht, sondern gewinnt nur an Leidenschaftlichkeit, wenn wir gleichzeitig für die Würde des Geistes und die Freude der Schönheit kämpfen. Wir wollen erringen die materielle Emanzipation; dazu unser Mühen um Lohn und Unterstützung, Steuer und Preis.

Aber wir vergessen darüber nicht, den freien Geist auf die Schanze zu rufen, gegen die Kulturreaktion der Braut und Käthe der Freiheit eine Gasse zu bahnen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Das Buch, der Film, die Theateraufführung sind in der entscheidenden Stunde nie (Schlimm; Stimmung sind das Elend, der Hunger, die Arbeitslosigkeit, die Wohnungsnot. Tönen gegenüber wollen wir kein schönfärbendes Rollen und kein ideelles Abseitswärmen. Wir lehnen die Kulturmethode ab, die in der Wirklichkeit den Drehstuhl von Unrat und Gestank liegen läßt und den Blick zu dem friedlich leuchtenden Regenbogen der Kunst erheben will.

Für die Kulturreaktion ist die Kunst stets nur ein Spiel gegen die Häßlichkeit des Lebens. Feigheit und Verbotsangst drängen heute alle künstlerische und geistige Betätigung in die eine Ecke der Verflückung zusammen. Der Begriff „deutsch“ wird zum Deckwort überflüssiger geistiger Inzucht gemacht.

Einst galt als deutsch das Weltbürgertum; einst war Deutschland stolz, an der Mündung vieler Kulturströme zu liegen; einst wurde die Bescheidenheit als Hauptvorzug deutschen Geistes gehalten, aber heute wollen die gleichen Leute, die unter der Parole der Autarkie die deutsche Exportwirtschaft verwüsten, auch mit einem geistigen Brett vor dem Kopf herumlaufen. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Soz.) Der Genius der Menschheit soll künftig durch die braunen Kassekammer marschieren. Das wäre für Deutschland kein Selbstmord, sondern etwas viel Schlimmeres: eine Selbstvertrüppelung. (Lebhafte Zustimmung links!)

Kost alles, was uns das Leben lebenswert macht. Ist jenseits des Trennungstriches, den die Brauendenden mitten durch die deutsche Kultur ziehen wollen. Ihr sogenannter Kampfbund für die deutsche Kultur fordert, daß nur „deutschblütige“ Dichter zum Wort kommen dürfen, die die deutsche Art nicht verleugnen. Nach diesen Grundfähnchen würde der Geist Goethes — ganz zu schweigen von Heinrich Heine, den Bismarck so geliebt hat — immer gegen die Willkür und Herzog unterliegen, das dichterische Genie hinter die Schlachtenbarden und Nationaltrumpeter zurücktreten, der nationalistische Dichterring besser betreten, als der wahre und wirkliche deutsche Dichter.

Selen wir doch einmal ehrlich miteinander, meine Herren Nationalsozialisten: der kleine Hitler, der Hitler, wie ihn keiner kennt (Heiterkeit), hält doch in allem Ernst Arnold Bronnen für den größeren Dichter als Wolfgang Goethe, umal der Goethe aus Frankfurt stammt, wo die Deutschblütigkeit bekanntlich niemals ganz zweifelhaft ist. (Große Heiterkeit!)

Sie haben sich eine bequeme Geschichtsklitterung zurechtgemacht: alles Schöne und Lebens-

werte ist deutsch und alles Unwerte ist arisierend, fremdstämmig, semitisch. Aber mit der Feststellung objektiver Wertesultate hat diese vorläufige Abhängigkeit nicht das geringste zu tun. Sie haben das Deutschtum zum Feldgeschrei der Barbarei und Unkultur herabgewürdigt. Unter dieser Parole haben Sie die hoffnungslosen Anträge einer neuen deutschen Kultur vertramptet, deren behutsame Schüler wir gewesen sind und weiter sein wollten. (Wärmende Zurufe bei den Nsoz.)

Denken Sie nur an die von uns erzielten Erfolge von neuem Kulturforschritt in der Kindererziehung, der sportlichen Betätigung, der großartigen Auffassung des Geschlechterproblems, der Ausdehnung der Arbeiterbildung durch volksmäßigen Hochschulunterricht!

Wie die erste Phase der Jugendbewegung den Deutschen ein neues Naturgefühl übermittelt hat, so unsere Phase den Menschen ein neues Körpergefühl. Den Weg der Siegesallee sind wir freilich nicht getrotzt, lärmende Großmannstucht und Aufgedonntheit sind uns nie besonders deutsch erschienen. Wir haben auf unsere Weise dem deutschen Gedanken gedient. (Wärmende und Lachen bei den Nsoz.) Und nicht Sie, sondern die Geschichte wird das Urteil sprechen, daß wir ihm gut gedient haben. Die Volksschulen, die wir gebaut haben, sind tausendmal mehr wert, als alle Proklamationen Ihrer Partei!

Aber Sie, denen der Haß alles verzerrt, sehen keine Leistung mehr; Sie verzeichnen nur sorgfältig jedes persönliche Vergehen, jede menschliche Unzulänglichkeit. (Zurufe bei den Nsoz.: Prolet!) Glauben Sie denn wirklich, Sie begreifen Berlin, wenn Sie es nach den Bars und den

Schieberprozenten beurteilen? Und die ganze Gähne, orientalische und unermüdete gesunde Arbeit übersehen! (Sehr gut! bei den Soz.) Wir können so tief, wie wir wollten, in Ihren Stundlopf greifen, wenn uns nicht immer wieder der Stiel davor zurückhält.

Wissen Sie mich nur ein paar Fälle aus dem neuen System Ihnen vor Augen führen:

Da ist ein pommerscher Rektor Weber, Köslin; zum Schulrat aussersehen wegen seiner besonderen heimatständlichen Verdienste um Pommern; aber die Aufgabe dieses nationalsozialistischen Vertrauensmannes sind aus einem vor 30 Jahren erschienenen Buch von Prof. Jonas mündlich abgeschrieben!

Da soll der Studienassessor Schönebeck bevorzugt beschäftigt werden; aber er ist gerade wegen eines üblichen Devisenhandels gerichtlich verurteilt worden, und die geplante Personalaushebung ist also auf einer Devisenhebung aufgebaut. (Heiterkeit!)

Da muß der deutsch-nationale Landtagsabgeordnete Rischhoffel um jeden Preis aus Pommern nach Berlin verjagt werden, obwohl doch offenbar das hiesige Schulwesen aus seinen Bienen keinen Honig saugen kann. (Schallende Heiterkeit!)

Da muß — natürlich in einigem Abstand von diesen Erscheinungen — der Staatsrechtslehrer Carl Schmitt für seine Niederlage vor dem Staatsgerichtshof durch die Berufung zum Ordinarius Professor getrübt werden. Bei dem zeitlichen Zusammentreffen dieser beiden Ereignisse erscheint die Beförderung des virtuellen Jongleurs reaktionärer Staatsrechtslehre nur als eine Art akademischen Trintgeldes. (Sehr gut! bei den Soz.)

Sturm gegen die Sozialreaktion!

Beseitigung der Arbeitslosenversicherung geplant

Der Sozialpolitische Ausschuß nahm am Mittwoch zu den Anträgen auf Beseitigung der sozialen Härten der seit dem Juli 1930 erlassenen Notverordnungen Stellung. Zunächst gab der Reichsarbeitsminister einen Überblick über Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen der Sozialversicherung. Es erübrigte sich, auf die einzelnen Ziffern einzugehen, da an dieser Stelle das Erforderliche durch die Ausführungen des Genossen Wissell im Haushaltsausschuß gesagt worden ist.

Besonders Aufsehen erregten die Ausführungen des Reichsarbeitsministers Dr. Spruy, daß alles darauf dränge, eine „Bereinigung“ der Arbeitslosenversicherung herbeizuführen. In den nächsten Tagen werde das Kabinett zusammentreten, um die erforderlichen Beschlüsse zu fassen. Der Minister erklärte, daß er dahin wirken werde, daß nichts auseinandergerissen werde, was wertvoll sei. Er lege die vornehmste Aufgabe darin, Arbeit zu schaffen. In diesem Zusammenhang warf er die Frage auf, ob die Fürsorge für die Arbeitslosen lediglich als Fürsorgemaßnahme betrachtet werden solle oder ob man die Fürsorge für die Arbeitslosen als Arbeitsmarktorganisation zu betrachten hätte. Der Minister ließ erkennen, daß er der letzteren Auffassung zustimmt.

Die einzelnen Gebiete der Sozialversicherung wurden dann von den zuständigen Ministerialdirektoren behandelt. Zur Frage der Arbeitslosenversicherung machte Ministerialdirektor Dr. Weigert die wichtige Mitteilung,

daß die Arbeitslosenversicherung aus ihren Mitteln 2 Millionen Arbeitslose versorgen könnte, daß sie in Wirklichkeit aber nur 860 000 Arbeitslose versorgt.

In der Aussprache führte zunächst der Vorsitzende Abg. Brauns (Z.) aus, daß man sich vor Augen halten müsse, wie die Arbeitslosenversicherung entstanden sei. In diesem Zusammenhang mußte Braun auch zugehören,

daß die geplanten Maßnahmen der Reichsregierung auf eine Beseitigung der Arbeitslosenversicherung hinauslaufen.

Es ist äußerst interessant, wenn diese Ansicht vom früheren Reichsarbeitsminister Brauns ausgesprochen werden muß.

Für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion führte Genossin Schroeder aus, daß es ungenauer sei, daß durch eine Notverordnung die Arbeitslosenunterstützung auf sechs Wochen begrenzt worden ist und dann nur eine Unterstützung bei vorläufiger Hilfsbedürftigkeit gewährt wird. Wie unberechtigt diese Maßnahme sei, geht aus den Feststellungen des Ministerialdirektors Dr. Weigert hervor. Der Zustand, monoch arme hilfsbedürftige Menschen nach sechs-wöchiger Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung herausgebracht werden, muß daher beseitigt werden. Genossin Schroeder fordert weiter, daß die Wohlfahrtsverbände in ähnlicher Weise wie die Arbeitslosen- und Arbeitsunterstützungsempfänger gegen Krankheit versichert werden sollen. Ferner wird gefordert, daß die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, die wieder in Arbeit treten, von der Rückerstattung

der Unterstützungsbeträge befreit werden.

Zur Beseitigung der Arbeitslosenversicherung nahm Genosse Aufhäuser das Wort. Man muß überlegen, wie die Versicherung wieder aufgebaut werden kann.

Was hier geschieht, ist die Zerstörung der versicherungsmäßigen Grundlage der Sozialversicherung.

Wenn darauf hingewiesen wurde, daß die Wirtschaft diese Beträge aufbringe, so wolle man darauf hin, daß der Arbeitgeberanteil ein Stück des Lohnbetrages ist, so daß also die Millionenbeträge für die Arbeitslosenversicherung lediglich von den Arbeitern und Angestellten aufgebracht werden. Daher muß sich der Ausschuß mit aller Energie dagegen wenden, daß die Arbeitslosenversicherung beseitigt werden soll. Es kommt nicht nur darauf an, sich gegen das zu wehren, was die Regierung plant, nein, der Ausschuß muß sich auch dagegen wehren, was seitens der Regierung bereits geschehen ist. Wenn die Leistungen der Arbeitslosenversicherung immer mehr den Wohlfahrtsfällen angepaßt und abhängig gemacht werden von der Hilfsbedürftigkeit, dann haben wir es nicht mehr mit einer Versicherung, sondern lediglich mit einer Einrichtung zur Erhebung einer Sondersteuer von den Arbeitern und Angestellten zur Finanzierung des Reiches zu tun. Der Redner verlangt, daß der Ausschuß den Willen aufbringt, die erforderlichen Beschlüsse gegen die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung und gegen die geplante Beseitigung durch die Reichsversicherung zu fassen.

Abg. Karwahn (Nsoz.) tritt für eine Wirtschaft ein, in der die Erträge der Arbeit unter den Mitwirkenden anteilmäßig verteilt werden.

(Wir hoffen, daß die Nazis im Plenum des Reichstags für die sozialdemokratischen Anträge auf Arbeitsbeschaffung sowie für den Antrag auf Umbau der Wirtschaft stimmen. Ob das die deutsche Schwerindustrie und Adolf Hitler erlaubt, bleibt abzuwarten.)

Grahmann (Soz.) ermahnt den Minister, darauf hinzuwirken, daß wegen der Verhältnisse in der Arbeitslosenversicherung ein Sturm durch die Parteien geht. Heute, die jahrelang Beiträge gezahlt haben, aber keine Unterstützung bekommen, weiß irgendein Mitglied der Familie einige Pfennige verdient, vertreten die Ansicht, der Staat habe ihnen ihre Beiträge gestohlen. Das sind die Produkte der autoritären Staatsführung, die von den Nationalsozialisten begünstigt wird.

Der sozialdemokratische Antrag, der jeden Abbau der Arbeitslosenversicherung unterbinden und die zerstörte Rechtsgrundlage der Versicherung wiederherstellen will und der die dringlichste Zusammenlegung der Arbeitslosenversicherung mit der Wohlfahrtsfürsorge verweist, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten von den bürgerlichen Parteien einschließlich der Nationalsozialisten abgelehnt.

Angenommen wurde ein Antrag, wonach der Charakter einer selbständigen Arbeitslosenversicherung erhalten bleiben soll.

Aber das Regime Brahl-Kähler kennt natürlich nicht nur solche Beförderungen verdienter „deutscher“ Männer, sondern natürlich noch mehr Nachregelungen und Strafverfahren ehrlicher Republikaner!

Daß dabei die betroffenen Beamten und die Beamtenverbände nicht erst gehört werden, entspricht der neuen autoritären Staatsführung. Wir beklagen nicht die Opfer, die fallen; wir wissen, daß in dieser Klassenzerfallenen Gesellschaft Recht vor Recht geht und daß in der deutschen Politik die harte Soldatenphilosophie herrscht. Aber wenn wir auch über die uns angehende Gewalt nur leise mit den Zähnen knirschen, so lernen wir doch manches dazu und warten unsere Stunde ab. Die kommen wird. (Lebhafte Beifall bei den Soz.) Bilden Sie sich doch nicht ein, daß die zwei Drittel des preussischen Volkes, die Arbeiter, Angestellte und Beamte sind, jemals vergehen könnten, daß sie 14 Jahre lang den preussischen Staat geführt haben, der jetzt wieder Beute der Feudalen geworden ist. Wir kommen wieder, und wir verjagen Ihnen, Sie werden uns etwas verändert finden und wenig Freude daran haben!

In Ihrem Mund war das Wort von der Futterrippe ein illogischer Vorwurf; aber in der heutigen Praxis ist es gigantische Wirklichkeit. Damit haben Sie uns für die Zukunft manche Hemmung genommen.

Wir haben es jetzt ein für allemal gelernt, daß Ihnen nur Rücksichtslosigkeit imponiert, und werden unter eigenes anständige Innere in Zukunft nie wieder mit Ihren Bewußtseins- und Seeleninhalten verwechseln.

(Lebhafte Beifall bei den Soz., großer Börm bei den Nsoz.)

Sie lieben uns nicht, meine Herren Nationalsozialisten? Das hätten wir auch nie gemüncht!

Aber Sie sollen die deutsche Arbeiterklasse noch einmal fürchterlich lernen. (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Die Schläge der Reaktion, die wir erhalten haben, brechen uns nicht, die machen uns nur hart. Wir werden auch wieder einmal „auskammern“, und auch dann wird es uns wieder nicht um einzelne Posten und persönliche Vorteile gehen, sondern um Wachtgewinn für die Klasse, und wenn Sie dann schreien, werden wir Sie mit der Brutalität zum Schweigen bringen, die Sie uns vorgemacht haben. Was jetzt in Preußen durchgeführt wird, ist der lange vorbereitete Raufeseldzug gegen den freien Geist. Ich nenne die einzelnen Opfer Ihrer Raube nicht, weil es ihren Wünschen nicht entspricht. Sie sind als einfache Kämpfer in die Reihen der Arbeiter zurückgetreten; aber wir schicken sie als Patrouillengänger wieder vor, wenn die Zeit für unseren nächsten Sturmangriff reif ist. Was uns empört, ist nicht Ihre Brutalität, sondern die Unehrlichkeit Ihrer Ausreden. (Sehr gut! bei den Soz.)

Die Aufsicht Ihrer Parteibuchbeamenschaft und die Maßregelung bewährter sozialdemokratischer Beamter ist unter einer Fülle verlogener und verleumdender Vorjagungen durchgeführt worden: Schuß von Ruhe und Ordnung war die erste Lüge, Verwaltungsreform die zweite Lüge, Teufel sind Sparmaßnahmen die dritte Lüge.

Dabei hat die ganze Lüge keinen Zweck: das Volk weiß ganz genau, daß wir in die Zeit der Kinderwagenauflöse zurückgefallen sind: das Wörtchen „von“ und der bunte Sandypfel als Zeichen der Zugehörigkeit zu einem Korps sind heute in Preußen wieder der beste Qualifikationsnachweis. (Sehr wahr! bei den Soz.) Welches Kapital moralischen Vertrauens ist seit dem 20. Juli hier erschlagen worden! Wollen Sie denn wirklich nur noch Kamelucken um sich dulden?!

Damit bin ich beim Fall Breslau — nicht etwa beim Fall Cohn; denn dieser Professor mit dem Ton der Selbstanklage und Zerknirschung ist kein Märtyrer und kein Held der Freiheit, er paßt durchaus in den Rahmen des Senats seiner Universität. Was Sie gegen diesen rechtstehenden bürgerlichen Juristen haben, ist ja nur sein odioser Name; es ist eben noch nicht aus jedem Selbstlohn ein Soßling geworden; man ist dieses Beispiel nehmen darf, um aus Höflichkeit Beispiele aus diesem Hause selbst zu unterlassen. (Große anhaltende Heiterkeit!)

Der Fall Breslau aber besteht darin, daß die Studenten randalierten, die Fenster Scheiben zertrühten und die Professoren vor der Erpresserpolitik der Kadastudenten feige zurückwichen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es gibt nur eins, was noch größer ist als das Ruhebedürfnis der Herren Professoren, das ist ihr Bedürfnis nach vollen Hörsälen und hohen Kolleggebern. (Heiterkeit und Beifall!)

Aber einst gab es in Deutschland die sieben Göttinger Professoren, die nicht wichen und die Gewalttätigkeit der Reaktion anprangerten: einst gab es die Schmolzer und Wagner, Mommsen und Jeller, die sich im Fall Arons schützend vor die Freiheit der Wissenschaft stellten.

Und so verneigen wir uns heute dankend vor den Hochschullehrern, die sich durch ihren Protest gegen die erbärmliche Feigheit des Breslauer Senats selbst geehrt haben, vor dem Altmeister der deutschen Soziologie Ferdinand Tönnies, vor Bernard Harms, vor Baumgarten, vor Wendelssohn-Bartholdy, vor Thoma, vor von Aster usw. Und so bekennen wir uns heute erneut zum Art. 118 der Reichsverfassung, zur Freiheit der Wissenschaft, zur Freiheit von Wort und Schrift.

Jetzt geht die Hege weiter gegen den Professor Schöwin, Lehrer der Statistik an der Technischen Hochschule, und man kann ziemlich genau ausrechnen, wann die Hitler-Partei die bestellten und erwarteten Kravalle beziehen wird. Jetzt hat man in Leipzig den Professor Gerhard Kefzler und in Jena den Professor Anna Siemsen gemahregelt, weil sie sich politisch nicht genug zurückgehalten hätten. Aber für Hugenberg und Hitler eintreten ist nie eine politische Belastung, die Freitag-Voringshausen, Heßlich und Kähler — den Bruder des Kommissars — erträgt selbst der Breslauer Senat ohne Beschwerde. Das muß eine saubere Studenten demonstration werden, die an den Brüsten einer solchen

Fahrt in die Winterberge

Berlins nächst gelegenes Hochgebirge

Während in Berlin der Winter noch immer nur schwache Ansoberfische macht, ist das Riesengebirge schon ganz im Banne von Schnee, Eis und dickem Raufreif. Vor einer Woche fiel in den höheren Lagen über einen halben Meter Schnee, und selbst bis ins Tal hinab reicht eine genügende Schneedecke, um alle Wintersportarten zu ermöglichen. Die große Bobbahn nach Schreiberhau ist bereits ausgebaut und wird bald zu Trainingsfahrten freigegeben werden. Auf den Sprungchancen fanden über Sonntag große Konkurrenzen statt, und die Skifahren sind sowohl auf der deutschen als auch auf der tschechischen Seite ausgezeichnet. Es ist alles so schön, wie man es sich nur wünschen kann.



So sieht es heute im Riesengebirge aus

zeichnet, die in etwa zwei Meter Entfernung voneinander stehen, führen von einem dieser ursprünglich als „Buden“ bezeichneten Häuser zum nächsten. Heute sind die meisten Bauden leider zu großen Fremdenhotels geworden, die mit ihren Preisen und dem Luxusbetrieb den einfachen Wanderer vertreiben. Etwas besser ist es in dieser Hinsicht auf der böhmischen Seite und in den Bauden der Tschschei, deren

Grenze genau über den Kamm läuft und im Winter unmöglich zu erkennen ist.

Die Befitzer in diesen Bauden sind meist Deutschböhmen und den Deutschen gegenüber freundlich eingestellt. Gaststuben und Fremdenzimmer in den entlegeneren Plätzen, die nicht per Auto erreicht werden können, sind viel einfacher und schöner als die großen Hotelräume der eleganten Bauden. Häufig findet man dort noch die schöne, alte Holztafelung, holzgezeichnete Lampenschirme, und besonders in der „Töpferbaude“ stehen noch die handwerklich gearbeiteten Krüge und Wandteller aus, die mit kernigen Hausprüchen bemalt sind.

Die Preise für Unterkunft und Verpflegung sind allerdings auch hier sehr hoch. Ein einfaches Essen kostet 1,50 M., und für ein Zimmer muß man schon zwei Mark bezahlen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Bauden keine Saisonbetriebe sind und oft wochenlang leer stehen, wie in diesem Jahre. Gerade deshalb und weil die Konkurrenz unter den immer zahlreicher werdenden Wirtschaften immer größer wird, sollte man in den Vorjahreszeiten eine Ermäßigung geben, die es auch weniger reich Begünstigten ermöglicht, hier ein paar Tage zu erleben. Solange aber jeder Gast als Entschädigung reichlich gerupft wird, muß es noch lange dauern, bis sich wirklich größere Kreise aus der Großstadt dort oben in der Gebirgsluft erholen können.

Trotzdem wenig Besuch

Der letzte Sonntag war zwar der erste große Wintersporttag im Riesengebirge, aber im allgemeinen ist noch sehr wenig Betrieb in den schlesischen Bergen. Für den Winterwanderer eine erfreuliche Tatsache, denn noch sind viele Waldwege unberührt von menschlichen Schritten. Wiesen erstrahlen unter dem dicken Schneeteppich, und dichter Nebel pfeift über die einsamen Hochflächen. Für alle Freunde des Wintersports ist aber die Kostenfrage zum ausschlaggebenden Faktor geworden. Leider hat sich die Reichsbahn in diesem Jahre nicht dazu entschlossen, die von allen Stellen befürworteten Winterurlaubsarten mit 20 Proz. Ermäßigung auszugeben. Von Berlin aus sind es bis an den Fuß des Riesengebirges immerhin über dreihundert Kilometer. Eine Fahrkarte bis Schreiberhau kostet die beträchtliche Summe von 12,50 M. Da es für diese Strecke auch keine durchgehende Sonntagskarte gibt, ist ein Besuch des Gebirges zum Wochenende fast ausgeschlossen. Die Reichsbahn wird zwar an den Hauptsonntagen vielleicht Sonderzüge mit ermäßigtem Preis einsehen, aber gerade dann ist der Reiz der ersten Wintertage vorüber. Man hat von interessierter Seite aus vorgeschlagen, daß dreitägige Wochenendfahrten mit einem Drittel Ermäßigung auszugeben werden, und es ist denkbar, daß eine solche Einrichtung gerade von Berlin aus großen Zuspruch finden könnte.

Der Weg zum Kamm

Der große Reiz des Riesengebirges liegt in seinen höchsten Erhebungen, wo die langen, baumlosen Kuppen schon einen durchaus alpenähnlichen Charakter haben. Bei 1000 Metern hört der Baumwuchs der großen Kiefern und Tichten auf, niedriges Gestrüpp streckt sich noch ein paar hundert Meter aufwärts, dann dehnen sich im Winter die endlosen Schneefelder aus, über die der Sturm, der oft zum Orkan wächst, ohne Widerstand zu finden, hinwegfegen kann. Bei solchem Wetter, wie es auch am letzten Sonntag droben zu finden war, während die Tage vorher herrlichen Sonnenschein und tiefblauen Himmel gebracht hatten, sind die Skifahrer in großer Gefahr. Die Sicht bei dichtem Nebel reicht oft kaum ein paar Meter weit, und jedes Zerirren schließt sicheren Tod durch Erfrieren ein, wenn der Wanderer ermüdet zusammenbricht. Der Weg zum Kamm führt für die aus Berlin kommenden Reisenden am besten von Schreiberhau oder Josephinenhütte aus auf heißen Waldschneisen am Jodelfall und der Bobbahn vorbei auf die neue Schleifische Baude.

Tschechische und deutsche Bauden

Damit ist man dem Betrieb der Bauden ausgeliefert, wenn man nicht bald wieder ins Tal hinabsteigen will. Zahllose Markierungen, im Winter ist der Weg durch hohe Stangen gefenn-

zeichnet, die in etwa zwei Meter Entfernung voneinander stehen, führen von einem dieser ursprünglich als „Buden“ bezeichneten Häuser zum nächsten. Heute sind die meisten Bauden leider zu großen Fremdenhotels geworden, die mit ihren Preisen und dem Luxusbetrieb den einfachen Wanderer vertreiben. Etwas besser ist es in dieser Hinsicht auf der böhmischen Seite und in den Bauden der Tschschei, deren

Das endlose Rentenverfahren

Schmerzenskinder der Fürsorge

Die Kranken und Arbeitsunfähigen, die infolge körperlicher oder seelischer Schäden einen Rentenanspruch haben oder einen solchen zu haben glauben, das sind die eigentlichen Schmerzenskinder der Wohlfahrt. Die Rindendauer solch eines Rentenverfahrens beträgt dreiviertel Jahr, das ist eine sehr lange Zeit für einen Menschen, der sich mit der letzten Kraft seines Hoffens an diese eine vage Möglichkeit klammert.

„Ach will kein Almosen“, schreit der Kriegsverletzte, mit ihm der Arbeiter, der in seinem Beruf seine Haut zu Marke trug und als Dritter im Bunde mit irgendeinem schweren chronischen Leiden behaftete. Sie können nicht stempeln gehen aus dem ganz einfachen Grunde, weil sie oftmals gar nicht einmal gehen können, das ist beispielsweise bei dem 33jährigen Metallarbeiter mit seiner schweren, chronischen Hüftgelenkentzündung der Fall. „Wenn der von zu Hause zu mir nach der Sprechstunde kommt“, erzählt der Wohlfahrtsvorsteher, „so ist das für ihn ein Weg von einer guten halben Stunde, und dabei mocht der Mann in der gleichen StraÙe, noch keine 200 Meter entfernt. Sein Leiden ist eine Kriegserinnerung „rheumatischer Natur“, wie der Arzt auf seine Fragen antwortet; vielleicht haben es ihm die russischen Sümpfe beiseit, wahrscheinlich ist ein verschleppter Gelenkrheumatismus, Gott im Kriege war an Maroden ja kein Mangel, dafür aber an Zeit und Ruhe ihrer Aushilung. Langsam aber fraÙ sich die Krankheit tiefer. Im Jahre 1923 war's endgültig vorbei mit dem Gehen. Das Bein streckte, die Hüftschmerzen waren taputt. Nun gab's Rente und ward fleißig an dem Kranken herumgeholt. Der eine Arzt probierte dies, der andere jenes, bis schließlich ein Neunmalweiser einen Schienenapparat verordnete und den also ausgerüsteten Kranken für arbeitsfähig erklärte. Der Mann schnallte sich also seine orthopädische Rüstung um und jetzt — konnte er überhaupt nicht gehen. Der Arzt, der ganz fest um den Leib geschwürt werden mußte, verurteilte ihn erst mal fürchterliche Schmerzen, und in der Folge einen starken Brechreiz, die Hüfte entzündete sich immer mehr und als der Mann dem Arzt all dies erklärte, meinte der: „Na ja, mit dem Gehen ist's wohl schlecht bei Ihnen, aber Sie können immerhin bei der Arbeit stehen oder, falls man Ihnen einen erhöhten Stuhl baut, auch eine figende Beschäftigung verrichten.“ Nun sitzt er in seiner kleinen Küche, betreut von einer Verwandten, die

ihn wie ein kleines Kind bedienen muß, weil er sich nicht bücken und nicht reden kann, und wartet und wartet. Dann rafft er sich wieder einmal auf und macht seinen mühsamen Spaziergang nach dem Haus auf der anderen Seite und hört immer wieder, daß es noch nichts Neues gibt.

Dann kommt wieder und wieder einer, der's schwer auf der Lunge hat, dem auch das höchste Nahrungsmittel, das er sich schwer erkämpfen muß, keine Vnderung bringt. Da mühte vor allem einmal eine helle und hübsche Wohnung her, dann mühte es keine drei Treppen zu steigen gehen und dann mühte der schlecht heizende, ewig hungrige Ofen Kohlen zu fressen kriegen. Von all dem gab's keine gesunde Lunge mehr, aber der körperliche Zustand wäre doch halbwegs erträglich, während es so schon mehr einem Martyrium gleichkommt. „Noch immer kein Bescheid?“ leucht er tröstlos.

50 bis 60 solch trauriger Fälle umfaßt eine Sprechstunde. Das sind diejenigen, die nicht in die Amtsstuben des Bezirksamts kommen, die ausgeschaltet sind aus dem großen Kreis der listemäßig Gefährten. Sie sind ausgeschlossen aus der Reihe der Arbeitsfähigen, so sieht und hört niemand von ihnen. Nun führen sie einen stillen, um so erbitterteren Kampf um ihr Recht: sie können nicht mehr rennen und stehen und warten um ihr bißchen Unterstüzung, sie können auch nie mehr nach Arbeit laufen, und deswegen eben kämpfen sie um ihr armseliges Dasein.

Geschäfte mit Gift

Morphium-Schiebung aufgedeckt

Das Sonderdezernat zur Bekämpfung des Rauschgifthandels ist einer ungewöhnlich großen Morphiumschiebung auf die Spur gekommen. In den Lagerräumen eines Speditours in der Streifler StraÙe wurde eine große Kiste beschlagnahmt, in der sich 10 000 Ampullen Morphium befanden. Der Speditour ist zur Vernehmung aufs Präsidium geholt worden. Ein Kaufmann Alfons Barnach, der in der Wilmersdorfer StraÙe in Charlottenburg wohnt, wurde festgenommen, weil er dieses Morphiurn in den Handel bringen wollte. Das Gift stammt wahrscheinlich aus alten Heeresbeständen.

Bereits vor 2½ Jahren erfuhr das Rauschgiftdezernat von einer riesigen Menge Morphiurn, die

irgendwo in der Stadt lagern sollte. Ende vergangenen Jahres hörte die Polizei, daß ein Kaufmann Alfons Barnach aus der Wilmersdorfer StraÙe eine ungewöhnlich große Menge angeboten haben sollte. Der Mann wurde unauffällig beobachtet, die Kiste bei dem Speditour entdeckt und sichergestellt. Die Sendung stammt nach Art der Verpackung, der Etikettierung, aus dem Sanitätsdepot des 18. Armeekorps. Wahrscheinlich hat die Sendung nachher im Garnisonlazarett in Tempelhof gelagert. Bei den Revolutionswirren ist sie dann von Unbefugten verschleppt worden. Den Weg rückwärts aufzurollen, den die Sendung gegangen ist, dürfte kaum noch möglich sein.

Glück im Roten Meer

Nach 12 Stunden gerettet

Einem wahrhaft glücklichen Umstand verdankt der aus Bremen stammende Ingenieurassistent Robert Bahl, der auf dem Dampfer „Alster“ des Norddeutschen Lloyd beschäftigt war, sein Leben. Während sich das Schiff auf der Fahrt nach Daiken im Roten Meer befand, fiel Bahl nachts gegen 1/1 Uhr aus noch nicht bekannter Ursache über Bord. Der Unfall wurde auf der „Alster“ nicht bemerkt. Es wurden auch keine Hilferufe vernommen.

Während der ganzen Nacht hielt sich Bahl durch Schwimmen über Wasser; da das dort salzhaltige Wasser des Roten Meeres das Schwimmen erleichtert. Erst am nächsten Mittag — gegen 12 Uhr — als schon seine Kräfte langsam zu erlahmen begannen und er von Zeit zu Zeit in einen starrkrampfartigen Zustand verfiel, näherte sich dem Ertrinkenden der japanische Dampfer „Delagoa Maru“. Die schwachen Hilferufe des um sein Leben ringenden Mannes wurden glücklicherweise an Bord des Schiffes gehört. Der Kapitän ließ sofort ein Boot zu Wasser bringen, das den völlig erschöpften Bahl aufnahm. Unter fürsorglicher ärztlicher Behandlung und aufopfernder Pflege der Japaner erholte sich der Gerettete verhältnismäßig schnell von den ausgestandenen körperlichen und seelischen Qualen. Der japanische Kapitän setzte sich unmittelbar nach der Rettung des Berunglückten funktentelegraphisch mit dem Führer des bereits etwa 150 Seemeilen von der Position des japanischen Schiffes entfernten Lloyd-Dampfers „Alster“ in Verbindung und gab ihm einen Bericht über den Zustand des Mannes, sowie über seine glückliche Rettung nach nahezu zwölfstündigem, fast aussichtslosem Umhertreiben im Wasser. Bahl verließ — wieder vollkommen erholt — das japanische Schiff am 11. Dezember in Singapur und trat die Weiterreise mit dem gegenwärtig noch in ostasiatischen Gewässern befindlichen Motorschiff „Havel“ des Norddeutschen Lloyd an, wo er inzwischen seinen Dampfer „Alster“ wieder erreicht hat.

Geldbriefträger bleiben

Aber verstärkter Schutz

Die mehrfachen Ueberfälle auf Geldbriefträger im Herbst 1932 hatten bei den zuständigen Stellen zu Erwägungen über durchgreifende Schutzmaßnahmen geführt. Es war auch angeregt worden, die Geldzustellung durch Briefträger überhaupt auszugeben und dafür die Abholung von Geldsendungen durch die Empfänger einzuführen. Das Reichspostministerium richtete daraufhin im November eine Umfrage an alle Oberpostdirektionen mit dem Ersuchen, aus der Praxis heraus Vorschläge für zweckmäßigen Schutz der Geldbriefträger zu machen und sich auch zu der Frage einer Abschaffung der Geldzustellung zu äußern. Die Berichte der Oberpostdirektionen liegen jetzt zum größten Teil beim Reichspostministerium vor. Alle bisherigen Antworten sprechen sich gegen einen Ersatz der Geldzustellung durch Abholung aus. Es wird daher auch in Zukunft bei der Zustellung von Geldsendungen durch Geldbriefträger bleiben.

Das Reichspostministerium wird jedoch alle Oberpostdirektionen nochmals auf verstärkte Beachtung der zum Schutz der Geldbriefträger angeordneten Bestimmungen hinweisen. Die Bewachung der Geldbriefträger soll allgemein durchgeführt und in verstärktem Maße von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, in unsicheren Gegenden dem Briefsteller einen zweiten Beamten zum Schutz mitzugeben.

Die Einholung der schulpflichtig werdenden Kinder in Treptow erfolgt am 23., 24. und 25. Januar 1933, vormittags zwischen 10 und 12 Uhr, bei den zuständigen Rektoren.

Nicht irgendein Fettaufstrich, sondern die Tiefenwirkung der Creme Mouson glättet und verjüngt raue, unreine Haut

Creme Mouson ist keine sogenannte Sonnenbrandcreme, auch keine gewöhnliche Fettcreme.

Berliner Müllberge in Moabit

Und Herr Lettow auf der Anklagebank

Der ehemalige Direktor der Berliner Müllabfuhr AG, Herr Lettow, ist ein Mann von 41 Jahren, ein stämmiger Sportsmann mit bezauberndem Lächeln. Er weiß sich gewandt zu verteidigen, ist auf Antworten nicht verlegen und passiert ihm das Kalte nicht, so erklärt er einfach: Ich habe die Akten nicht zur Hand, ich muß zuerst meine Feststellungen machen. Handelt es sich aber nicht um Dinge, die irgendwie in Akten festgelegt sind, erhebt die Frage des Vorsitzenden eine sofortige Antwort und findet Herr Lettow keine, so entsteht eine ebenso peinliche wie vielstündige Pause, und die immer so klaren Darlegungen des Herrn Direktors werden plötzlich so unklar, daß selbst der Vorsitzende, der die Gesamtmaterie anscheinend sehr gut beherrscht, aus der Antwort nicht schlau wird. Man hat wohl selten in Moabit einen Angeklagten erlebt, der so wenig vorbereitet in die Verhandlung gekommen wäre wie Herr Lettow.

Aus dem ersten Verhandlungstag erfährt man schon sehr interessante Dinge. Da war zum Beispiel das Kapitel vom Aufstehen der Bipa (Müllabfuhr-Gesellschaft Viktoriapark) des Herrn Lettow und von dem Entstehen der Bemag. Die Bipa wurde im Jahre 1921 aus einer G. m. b. H. in eine Aktiengesellschaft umgewandelt,

Das Aktienkapital der Bipa wurde auf 2,4 Millionen Goldmark erhöht, die Reineinnahme der Gesellschaft betrug im Jahre 1927 75.000 M. Wie kam es aber zur Gründung der Bemag? Darüber ließ sich Herr Lettow folgendermaßen aus:

Die Müllabfuhr der Stadt Berlin lag danieder. Die Arbeiter streikten monatelang, der Müll sammelte sich in geradezu bedrohlicher Weise an; man wandte sich an ihn und an den Spediteur Schulz mit dem Ersuchen, die Sache in die Hand zu nehmen; auch der Oberpräsident mischte sich in die Angelegenheit ein und nach längerem Hin und Her wurde schließlich die Müllabfuhr AG. ins Leben gerufen, an der sich die Bipa mit 5 Millionen Mark beteiligte. Die Stadt erhielt ein Viertel der Aktien. Lettow wurde Vorstandsmitglied der neuen Müllabfuhr AG, blieb aber gleichzeitig im Vorstande der Bipa, die gewissermaßen Arbeitnehmerin der Bemag war. Er hatte 2000 M. Gehalt bei der Bemag, etwa 2200 M. bei der Bipa. Als der Stadt diese Verquickung beider Gesellschaften in einer Person mißfiel, trat Lettow aus dem Vorstand der Bipa aus und wurde Delegierter der Bemag im Aufsichtsrat der Bipa. Es hat also nur eine formelle Änderung stattgefunden, in Wirklichkeit hatten Sie nun in der Bipa noch größere Vollmachten, meinte der Vorsitzende. Und wie war es mit dem Gehalt? Gehalt erhielt ich von der Bipa nicht mehr, sagt Herr Lettow, aber ich hatte für sie eine Hypothek befragt und bekam in Verbindung mit dieser Finanzoperation gewisse Summen. Das ließ wohl auf das frühere Gehalt hinaus? meinte der Vorsitzende. Tatsächlich ging die ganze Korrespondenz zwischen der Bipa und der Bemag durch die Hände des Herrn Lettow. Er hatte auch in die Bemag seinen

Kleinen, einen Herrn Krüger und später seinen Schwager, Herrn Münder, hineingenommen und außer diesen beiden Verwandten auch mehrere seiner Freunde. Seinem Vetter schied er die Schuld zu, daß er jetzt auf der Anklagebank sitze.

Ein dunkles Kapitel bildet die Gründung der zahlreichen Tochtergesellschaften der Bemag; so der Überladungsgesellschaft (Gülla), die sich mit der Abladung des in Berlin zusammengeführten Mülls befahte, und der Schiffsverladungsgesellschaft (Schiffa), die bloß dazu bestimmt war, Verladungen auf dem Gebiete der Verladung von Müll auf Schiffen vorzunehmen. Das Gericht kann es nicht verstehen, wozu zu diesen Zwecken besondere Gesellschaften gegründet werden mußten, während ja Abteilungen der Bemag genügt hätten. Der Staatsanwalt aber meint, der Zweck der Gesellschaft sei wohl gewesen, Herrn Lettow Dividenden zustehen zu lassen. Das bestreitet dieser. Die Dividenden, die diese Gesellschaft auszahlte, erklärte er, seien nicht der Rede wert gewesen, und er habe keinen Pfennig bekommen. Man wird sehen! Die Müllausbünstungen machten sich aber bereits gestern im Gerichtssaal stark bemerkbar.

Die Deutschnationale Volkspartei, Landesverband Berlin, ersucht uns um die Aufnahme folgender Berichtigung: Die in dem Artikel „Deutschnationaler Korruptionslump“ mehrfach wiederkehrende Behauptung, daß der frühere Direktor der Berliner Müllabfuhr-Gesellschaft, Lettow, deutschnational sei, ist un wahr, wahr vielmehr ist, daß Lettow nicht Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei ist und soweit feststellbar, auch niemals gewesen ist.

gezogen und hat dort die Angriffe gegen die republikanischen Studenten geleitet. Die Ursache des gemeinen Ueberfalls im Erfrischungsaal der Universität liegt klar zutage: Pütz wollte durch diese „Aktion“ sich zum Führer der Nazistudenten machen.

Es steht zu erwarten, daß die Leitung der Universität mit exemplarischen Strafen gegen die randallierenden Nazis vorgeht.

In wenig Worten

Zwischen den Stationen Jungfernheide und Besseltstraße wurde spät abends eine etwa 30 Jahre alte Frau zwischen den Schienen tot aufgefunden. Ob Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, kann erst die nähere Untersuchung ergeben.

Der bekannte Flugzeugkonstrukteur und Flieger Hans Grabe wurde seiner Stellung als stellvertretender Gemeindevorsteher von Bork bei Potsdam durch den Landrat enthoben. An seine Stelle wurde ein kommissarischer Gemeindevorsteher gesetzt. Der Grund zu dieser Maßnahme soll in nicht sachgemäßer Führung der Geschäftsbücher zu suchen sein. Näheres ist im Augenblick nicht bekannt.

Im Park des Gutes Jigewitz bei Stolp in Pommern wurde die sechzigjährige Witwe Reglaff, die Mutter des Rechnungsführers des Gutes, ermordet aufgefunden. Die Leiche wies schwere Stichverletzungen am Kopf und Hals auf. Frau Reglaff wollte Ende voriger Woche Bekannte in Labuhn im Kreise Stolp besuchen. Man nimmt an, daß die alte Frau bereits am Sonnabend im Gutspark überfallen und niedergestochen wurde.

Der amerikanische Komponist Ferd Grofé hat eine demnächst durch das Witmann-Orchester zur Aufführung gelangende Zehn-Tage-Sinfonie im Jazzstil, die das Leben in einer amerikanischen Zeitungsgesellschaft schildern soll, fertiggestellt. In dieser Sinfonie wirken außer dem Orchester ein Chor von Schreibmaschinen, mehrere Maschinengewehre, knallende Revolver, eine Schutzmaske und eine Feuerwehrspritze mit. Der erste Satz behandelt „Die Jagd nach den Nachrichten“, der zweite „Die Arbeit der weiblichen Reporter“, der dritte Satz beschäftigt sich mit der lustigen Bilderbelle; der letzte Satz illustriert in einem stürmischen Furioso das Zustandekommen einer einzelnen Zeitungszahl.

Am Mittwochmorgen wurden im Hofe des Gerichtesgefängnisses Posen die beiden Mörder des geistlichen Professors Makowski durch den Strang hingerichtet.

Staatsanwalt und Verteidiger haben gegen das vom Freiburger Gericht gegen den Schwindler Karl Ignaz Hummel alias Daubmann gefällte Urteil (2½ Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust) Revision beim Reichsgericht angemeldet.

In der Stadt Braunschweig sind 80 Lehrer und 4000 Schulkinder an Grippe erkrankt; mehrere Schulen mußten geschlossen werden. Auch in den Geschäften und Büros macht sich die Epidemie stark bemerkbar; es fehlen bis zu 40 Proz. des Personals. Die Krankenkassen können den Andrang der Krankmeldungen kaum bewältigen. In einer Reihe von Fällen verlief die Krankheit tödlich.

In Waldenburg wurde der Kaufmann und frühere Stadtvorordnete Walter Rohloff wegen umfangreicher Unterschlagungen verhaftet. Rohloff versteht ehrenamtlich die Funktion eines Schachmeisters der evangelisch-lutherlichen Kirche. Er hat in dieser Eigenschaft große Geldsummen veruntreut. Die vorläufige Höhe des von ihm unterschlagenen Betrages wird mit 43.000 M. angegeben.

Seit einigen Monaten grassiert in Paris eine mysteriöse Selbstmordepidemie. Ihre Opfer sind stets schöne elegante junge Damen aus dem Kreis der „oberen Zehntausend“. Aber in keinem der seltsamen Selbstmordfälle konnte der Grund der Tat erforscht werden.

In Norditalien fällt seit Sonntag nacht fortgesetzt Schnee. In Mailand ist die Schneedecke 15 Zentimeter hoch, 16.000 Schneeschipper sind aufgeboden worden. Am Rand der Alpen liegt der Schnee noch bedeutend höher, so in Pergamon 45 Zentimeter und in Varese 50 Zentimeter.

Meldungen aus Batavia zufolge ist der Inselvulkan Krakatau nach mehrwöchiger Ruhe am Montagabend wieder in Tätigkeit getreten. Es wurden verschiedene Ausbrüche beobachtet, die eine Höhe von etwa 12 Metern erreichten.

Wie wird das Wetter?

In Berlin: Bedeckt mit Neigung zu leichten Schneefällen, weiterhin mäßiger Frost. Schwache Luftbewegung. — In Deutschland: In Süddeutschland stärkere Schneefälle; im übrigen Deutschland leichte Schneefälle bei mäßigem Frost; im Westen nur leichter Frost.

Ein Stück vom Krieg

Bemerkungen zu einer Ausstellung

In diesen Wochen wird im Europa-Haus in der Strossemannstraße eine Ausstellung gezeigt, die sich „Die Front“ nennt. Sie will dem Beschauer das Geschehen von 1914—1918 naheführen. Ueber Wert und Wert im einzelnen sei nicht geurteilt; aber wohl könnte ein Berliner Lehrer, dem bemerkt ist, daß nach Artikel 148 der Reichsverfassung in allen Schulen ständige Bildung staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerverständigung zu erstreben sind, seinen Schülern oder Schülerinnen mit etwa folgenden kurzen Erklärungen die Ausstellung zeigen:

„Jungens und Mädels! Ihr habt den furchtbaren Weltkrieg noch nicht mitgemacht, aber die meisten eurer Väter waren draußen, und hier in der Heimat haben eure Mütter geduldet. Die Darstellungen sollen uns ungefähr klar machen, was damals geschehen ist. Hier, gleich am Eingang, steht ihr eine bildliche Wiedergabe der Kämpfe um Verdun, die große französische Festung. Im Februar 1916 begannen die Kämpfe. Da sind Hunderttausende von deutschen und französischen Soldaten getötet oder zu Krüppeln gemacht worden. Hier steht ihr das Fort Douaumont, das durch einen deutschen Handfeuerwaffen genommen wurde. Aber Tag und Nacht ging der Kampf weiter, und bei einer Explosion im Fort verbrannten oder erstickten an einem einzigen Tage nicht weniger als 650 Deutsche unten in den Kasematten. Dann steht ihr hier Fleury. Auf diesen Ort wurden nicht weniger als 110.000 Gasgranaten geschleudert. Dann aber waren bald durch die Kämpfe bei Tag und Nacht die Kräfte der Deutschen erschöpft und sie mußten zurückgehen. Die monatelange Schlacht, die so viele deutsche und französische Mütter ihrer Söhne beraubt hatte, war vollkommen sinnlos gewesen.“

Wenn der Lehrer dann den Schülern das Grauen von Flandern gezeigt hat, dann erklärt er ihnen die Kriegserfahrungen, die in der

Heimat verhandelt wurden. Da ist „Die Ruh in der Lüne“, der „Buttertrecker“, die „Kriegsleite“ und der Papierbindfabrik. Nach der Besichtigung der Darstellung der Stagarasschlacht, nach der die deutschen und englischen Kommandos in gleicher Weise festgelegt zu haben vorgaben und nach der die deutschen und englischen Matrosen in gleicher Weise am Meeresgrund lagen, führt er sie zu dem Hauptstück der Ausstellung, dem „Schützengraben in natürlicher Größe“. Er läßt sie in den dunklen Gang hinein und weist sie hin auf die Holzbohlen, die vor Grundwasser und Rufe schützen sollten, es aber nicht taten. Er fährt fort: „Dort auf der Brustwehr liegen Handgranaten, die Menschen zerreißen können. Hier sind Gasflaschen, der Wind sollte das Todesgas zum Feinde wehen, wenn der Wind aber umschlug, dann fielen Tod und gesundheitliche Zerstörung auf die eigenen Kämpfer. Hier ist ein Flammenwerfer, aus dem brennendes Öl herausgetrieben wird und alles zu Asche verjagt. Jetzt kommen wir in den Unterstand, und nun steht euch das Loch an: da hausten 10, 15, 20 Menschen jahrelang. Da ist ein Rest „Marmelade“, hielten sie mit Kohlrübenbeimischung. Da liegen neben schlechtestem Kommissbrot Kamm und Zahnbürste, von oben herab träufelt Grundwasser, an der Decke ist mit einem Bindfaden ein Brotrest aufgehängt. Wenn man ihn herumliegen, dann frähen ihn die Ratten, die ihr dort leben können. Und nun stellt euch die Menschen, die Väter hüben und drüben vor, die hier jahrelang hausten, alle gleich verdreckt und verkauft und dazu befohlen, einander totzuschlagen und zu vernichten.“

Den reiferen unter seinen Schülern aber wird er sagen: „Der „Frontgeist“, über den von Kleisten und Jünglingen heute soviel erzählt wird, existiert nicht. Schützengraben kann nie Selbstzweck sein, es kann nur einen Geist geben, der Selbstzweck ist: der Geist des Dienstes und der Pflichterfüllung an Volk und Menschheit.“

legten Parteifreunde zu besuchen, gerieten in ein Handgemenge, an dem etwa 30 bis 40 Personen beteiligt waren. Es gab mehrere Leichtverletzte. Das Revolverkommando alarmiert worden war, wurden die feindlichen Parteien getrennt und 16 Mann festgenommen.

Krach bei Nazi-Studenten

In der Deutschen Studentenschaft, der Dachorganisation aller nationalsozialistischen Studentenverbände, ist ein großer Krach ausgebrochen.

Vor längerer Zeit haben die Nazistudenten die Kreisleitung der Deutschen Studentenschaft erobert. Vorsitzender ist der Nazistudent Gutjahr. Unter seiner Führung wurden die meisten Posten in der studentischen Selbstverwaltung von Nazis belegt. Die Korporierten fühlten sich mit Recht benachteiligt. Hinzu kam noch der politische Bruch

zwischen den beiden Flügeln der Gegenrevolution, was die persönlichen Gegensätze in der Deutschen Studentenschaft noch verstärkte. Bei dem Reichsgründungstag kam es zu einem offenen Konflikt: Während früher eine gemeinsame Feier aller der Deutschen Studentenschaft angeschlossenen Verbände stattfand, machten die Nazis eine eigene Kundgebung. Dieser Affront hat die anderen nationalen Verbände so in Harnisch gebracht, daß nun der Kampf offen geführt wird. Die Deutsche Studentenschaft ist damit in eine schwere Krise geraten. Der Sturz des Vorsitzenden Gutjahr steht bevor. Der Kampf wird immer schärfer.

Nicht anders sieht es innerhalb der Nazigruppe aus. Zwei Flügel streiten hier um die Frage: mit oder gegen die korporierten Studenten, mit oder gegen die Deutsche Studentenschaft. Ein persönlicher Führerkampf kam noch hinzu, der ein nötiges Durcheinander hervorrief. Das zeigte sich nach der Kundgebung auf dem Hegelplatz. Die unter Führung des Studenten Pütz stehende SA-Truppe der Nazistudentenschaft ist — gegen den Willen der anderen Führer — in die Universität

Töbliche Robelfahrt!

11-jähriger in des Spree ertrunken

In Adlershof ist gestern ein elfjähriger Knabe auf tragliche Weise ums Leben gekommen.

Der Junge rodelte an einer kleinen Ufererhöhung der Spree, unweit des Freibades Oberspree. Dabei geriet er auf die Eisfläche des Stromes und fuhr mit seinem Schlitten in ein Wasserloch hinein. Das Kind ging in den eiligen Fluten sofort unter. Auszügler, die den Unglücksfall vom Ufer aus beobachtet hatten, alarmierten sofort die Feuerwehr. Mit einem Schlauchboot arbeiteten sich die Feuerwehrleute an die Unglücksstelle heran, aber erst nach längerem Suchen konnte die Leiche des Kindes geborgen werden. Der Tote wurde nach der Köpenicker Leichenhalle gebracht.

Schikane ohne Ende

Martyrium eines Mieters

Im Sprachgebrauch mancher Hauswirte scheint das Wort „arbeitslos“ nicht zu existieren. Statt mit dem durch größte wirtschaftliche Not schwer gestrauten Mieter Nachsicht zu üben, versucht er durch Schikanen aller Art, dem Mann das Dasein noch schwerer zu machen. All diesen Hauspataschos schwebt immer noch die große Chance einer vermietbaren Wohnung vor Augen; sie haben weder durch das traurige Beispiel vieler leerstehender Räume noch durch das große Risiko, das man ja heute bei jedem Mieter einlegt, etwas zugelehrt. Dapen kann auch der Arbeitlose W., Vichtenberg, Weichselstraße, ein traurig Lied singen.

Im Juli vorigen Jahres ging es ihm an den Krallen — er wurde erwerbslos. Vom letzten Geld bezahlte er noch die volle, reichlich hohe Augustmiete (36 M. für eine Einzimmerwohnung) und wandte sich gleichzeitig wegen Mietbeihilfe an das Wohlfahrtsamt. Nach Rücksprache mit seinem Bezirksvorsteher zahlte der Mann dann für September und Oktober 25 bzw. 26 M. Trotzdem der Antrag auf Mietbeihilfe beim Wohlfahrtsamt im günstigen Sinne erledigt worden war, strengte der inzwischen ungeduldig gewordene Hausgestrenge gegen seinen Mieter die Klage an. Während die Klage noch lief, war das Geld vom Wohlfahrtsamt bis auf einen Rest von 20 Pfennig in die Hände des Klägers gelangt, worauf dessen Anwalt aber nicht etwa die Klage vollständig zurückzog und es seinem Mandanten anheim stellte, sich mit dem Schuldner wegen Zinsen und Kosten außergerichtlich zu einigen. Es wurde das eingezogene Kapital als erledigt betrachtet, wegen der Nebenabgaben (20 Pf. Rest und 11 Pf. Zinsen) gab es einen neuen Termin. Die Kostenrechnung hinsichtlich dieser Bagatelle war inzwischen glücklich auf 5,34 M. angewachsen, und als der Gerichtsvollzieher nachgehens seines Amtes waltete, betrug sie schließlich sogar 14,06 M.

Die tägliche Straßen Schlacht. Am Landsberger Platz, in nächster Nähe des Krankenhauses am Friedrichshain, kam es gestern zu einer regelrechten Straßen Schlacht zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Mehrere starke Trupps, die sich auf dem Wege zum Krankenhaus befanden, vermute ich, um ihre ver-

Zwei Lebende und ein Toter Roman von Sigurd Christiansen

Da fragte sie — und sie schien jetzt wacher zu sein: „Wartst du den ganzen Abend bei Rognos?“

„Und du bist fest entschlossen, die Sache nicht anzuzeigen?“

geirrt. — Ich wußte es wohl auch damals. Aber du weißt, wie es ist, wenn die andern einem so zusehen.“

V. Zwei Lebende und ein Toter.

Gerade in diesen Tagen hatte der Postdirektor Lüderßen seine neue Stellung angetreten. Als Ehrengabe überreichte man ihm eine goldene Uhr.

Es riecht nach Gas...

Szene im Hausflur / Von H. R. Heubert

Als Herr Brandel um halb sieben Uhr zur Arbeit ging, merkte er noch nichts. Auch der Briefträger, der um acht Uhr mit einer Packung drei Truppen zum Untermieter Meier emporkam, ging ahnungslos oder besser: geruchlos an der Wohnungstür des Arbeitslosen Klemke vorüber.

Ein paar Feuerwehrleute bemühen sich mit einem Sauerstoffapparat um Herrn Klemke.

Es sieht aus, als ob der Tote zu Ihren Bemühungen lächelt.

Auf der Treppe stehen die Hausbewohner und klüffeln.

Der Untermieter: Heute Klemke und morgen...

Der Herr mit der Aktentasche kommt eilig aus Klemkes Wohnung.

Frau Karjunks: Na, da sind Sie mal zu spät gekommen.

Das Fräulein: Ihnen tut es wohl noch leid, daß Sie nicht gestern...?

Der Herr mit der Aktentasche: Stimmt, hätte doch schon gestern kommen sollen.

Herr Paul: So'n Hund! Der hat'n Herz!

Der Herr mit der Aktentasche: Ich war nämlich schon vorige Woche mal hier. Ich komme von der Gasanstalt. Herr Klemke konnte wieder die Gasrechnung nicht bezahlen. Gestern sollte das Gas abgeperrt werden. Aber ich wollte ihm noch einen Tag Zeit lassen. Und nun...

Marie Koenuper:

Schiffer auf ihren Kähnen

Stunden träge wie die Wasser rinnen, nutzlos, nutzlos alles Sinnen. Strandgut sind wir, von dem Wellenschlag der Zeit angeschwemmt. Fäulnis macht sich breit. Wasser gluckst schon in den Schotten, Kahn und wir, reif zum Verschrotten.

Die Erinnerung an einat'ge Fahrten, schmiedet uns an dieses Warten, läßt's uns tropfenweise kosten, dieses langsam fressende Verrotten. Wind und Wasser trägt es her, diesen Helmatruch vom Meer.

Wo sich zu der Erde wölbt der Himmelsbogen, sind wir wie die Vögel hingezogen. Hürtig trieben unsere Kähne vollgepackt, und das Herz schlug in der Arbeit Takt. Nun sind alle Tage, wie die Kähne, morsch und leer, doch die Wasser strömen ohne Unterlaß zum Meer.

Klassische Philosophen

Nicolaus Cusanus (1401—1464)

Wir sehen, daß in allen Dingen als göttliches Geschenk ein natürliches Bedürfnis liegt, auf bessere Weise zu existieren, als dies die Schwärzen Ihrer Natur erlauben; besonders jene arbeiten darauf hin, sind auch hierfür mit den geeigneten Hilfsmitteln versehen, denen eine dem Zweck des Erkennens entsprechende Urteilsfähigkeit angebornt ist, daß nämlich ihr Verlangen kein vergebliches sei und in dem Erstreben, dem Drange seines eigensten Wesens folgend, Ruhe finde. Dies kann nur durch Zufall anders sein, wenn Krankheit den Gesichtssinn oder eine bloße Reinigung den Verstand irreführt. Deshalb sagen wir, daß die gesunde, freie Vernunft das Wahre, dessen sie in unerfülllichem Suchen habhaft werden will, in liebender Umfassung ergreift und so erfenne, und wir zweifeln nicht, daß vollkommen wahr das sei, dem kein gesunder Geist widersprechen kann.

Respekt vor seinen Jahren und seiner Anciennität hatte er sich einen kleinen rotbraunen Schnurrbart angeschafft, der ihm so gut stand, daß er ohne ihn gar nicht mehr denkbar war. Da er noch immer ein Mann war, der, wenn er nichts wußte oder begriff, zu schweigen verstand, genöß er allgemein eine gewisse unbestimmte Hochachtung.

Seiner Trägheit nachgebend, wohnte er noch immer in seiner alten Pension, die in der Zwischenzeit zweimal die Wirtin gewechselt hatte. Auch die Pensionäre hatten gewechselt. Von der alten Garde aus Lüderßens Heidenzeit waren außer ihm nur noch Fräulein Larsen, die Handarbeitsdame und der Ingenieur Engelhardt vorhanden. Das heißt, letzterer war mehrere Jahr fort gewesen „wegen Ehestand“, wie er sich selbst ausdrückte, aber er hatte die Verbindung abgebaut und sein altes ursprüngliches Ich wieder mitgebracht. Leider tat der jüngste Postassistent Tornfeld Lüderßen den Nummer an, in derselben Pension zu wohnen. Und hier, wo er sich von Disziplin und Anciennität glücklich befreit fühlte, kam es vor, daß er sich einen kollegialen Ton herausnahm, der auf Raserei und Mangel an Takt hindeutete. Nun gottlob, dafür konnte man sich ja dienstlich an ihm schadlos halten. Und das besorgte Herr Lüderßen gründlich, mit gutem robustem Gewissen. (Fortsetzung folgt.)

Frau Karjunks (wischt sich mit der Schürze die Augen): Sehen Sie, nu wäre es doch besser gewesen, wenn Sie schon gestern den Gashahn zudreht hätten.

Der Untermieter: Da hätte er seine Kartoffeln roh essen können. Ich glaube, das mit dem Gashahn, das war doch immer noch ein Trost, ein Ausweg. Und nu wollen Sie ihm auch das noch nehmen. Da hat er eben zugegriffen.

Der Herr mit der Aktentasche: Böse Zeiten, böse Zeiten...

Frau Karjunks: Na, Sie brauchen doch nicht zu klagen, Herr... Herr...

Der Herr mit der Aktentasche: Doktor Siegel.

Frau Karjunks: Doktor? Sie? Nu halt da Luft an! Ich denke, Sie sind Kontrollant von der Gasanstalt?

Der Herr mit der Aktentasche (müde): Habe den Dr. phil. und ein Jahr Wartimage gespielt. Da können Sie sich denken, wie froh ich bin, daß ich bei den Gaswerken als Kontrollant unterzukommen konnte.

Frau Karjunks: Na, da staube ich, das Sie glücklich sind!

Der Herr mit der Aktentasche (mit einem Blick auf die Wohnung Klemkes): Glückliche! Die Feuerwehrleute haben inzwischen ihre Bemühungen aufgegeben. Der Tote lächelt — glücklich.

Alle Forscher aber bestimmen das Unbestimmte, nach einem Verhältnis, indem sie es mit einem zugrunde gelegten Bestimmten vergleichen. Ein Vergleich ist also jede Forschung, bedient sich eines Verhältnisses als ihres Mittels, so daß, wenn das Gefuchte, mit dem zugrunde gelegten in ein näheres Verhältnis gesetzt wird, das die Wahrheit erfassende Urteil sich leicht ergibt, während sich Nähe und Schwierigkeiten einstellen, wenn viele Zwischenglieder nötig sind. So weiß man, daß in der Mathematik die ersten Sätze leicht auf die ursprünglichen und vollständig bekannten Prinzipien zurückgeführt werden, die folgenden aber schwerer, weil es nur durch Vermittlung jener möglich ist. Alle Forschung besteht in einem vergleichenden, mehr oder weniger einfachen Bezugsfeld, weshalb das Unendliche, als Unendliches, da es sich jeder Begleitung entzieht, unbekannt ist. Da ein Verhältnis Übereinstimmung in irgendeinem Punkte und Anderssein zugleich auslöst, kann es ohne Zahl nicht verstanden werden. Folglich schließt die Zahl alles, was in ein Verhältnis treten kann, in sich, sie ist, da sie ein Verhältnis ausdrückt, nicht nur in der Quantität, sondern in allem. Deshalb meine wohl Pythagoras, daß durch die Macht der Zahlen alles geordnet und verstanden werden kann. Aber eine völlige Genauigkeit der Kombinationen in körperlichen Dingen und eine kongruente Anpassung des Bekannten ans Unbekannte geht über den menschlichen Verstand, so daß es Sokrates sah, er wisse nichts, außer daß er nichts wisse; der weise Salomo sagte, alle Dinge seien schwierig und nicht durch Worte erklärbar, und ein anderer, vom göttlichen Geist erleuchteter Mann meint, die Wahrheit und die Stätte der Einsicht sei den Augen aller verborgen. Wenn dem so ist — wie auch Aristoteles in seiner „ersten Philosophie“ sagt, daß uns sogar die in der Natur am klarsten zutage tretenden Dinge Schwermut machen, gleich der Gule, wenn sie die Sonne sehen will —, so streben wir, da dies Verlangen nach Erkenntnis nicht umsonst in uns liegt, zu wissen, daß wir nicht wissen. Können wir dies nicht vollkommen erreichen, dann erlangen wir das Wissen des Nichtwissens. Ein Mensch, auch der gelehrteste, kann eben nicht vollkommen in seiner Bildung werden, als daß er in dem ihm eigenen Nichtwissen aufs beste unterrichtet gefunden werde, und je mehr sich einer als Nichtwissender erkennt, um so gelehrter wird er sein.

Aber er konnte nicht einschlafen. Jedesmal, wenn er die Augen schloß, sausten ihm die Ereignisse des Abends im Gehirn umher. Ungeordnet und sprunghaft tauchten die einzelnen Augenblicke und Eindrücke vor ihm auf. Er versuchte sich im Bett umzudrehen, er kauerte sich zusammen, nichts half. Gleich war alles wieder da, und wieder und wieder, wenn die Verzweiflung zu heftig über ihn zusammenschlug, schüttelte ihn ein trockenes, hartes Schluchzen.

Da fühlte er, wie eine Hand sich auf seine Schulter legte und eine besorgte Stimme fragte: „Eril — du bist krank.“

„Nein“, antwortete er kurz. „Nein.“

„Doch, ganz sicher. Ich mache Licht, ja?“

Darauf antwortete er nicht. Er hörte, wie sie aufstand und ihr Morgenkleid überwarf. Dann kam das Licht geflutet. Das half trotz allem ein wenig und er richtete sich im Bett auf.

Hefene setzte sich zu ihm auf den Beirand und hatte jetzt etwas Beruhigendes, das ihm wohl tat.

„Rachst du dir wirklich ein klein bißchen was aus mir?“ fragte er und dabei fühlte er, wie ihm die Zähne im Runde klapperten.

„Aber ja, Eril — ja natürlich. Was hast du denn nur?“

Er seufzte nur tief auf.

„Soll ich den Jungen wecken und nach dem Arzt schicken?“

Aber er schüttelte den Kopf. „Mir hilft kein Arzt.“

„Ja aber um Gottes willen, was ist denn?“

„Ich habe etwas erlebt.“

Er sah sie schwach und hilflos an, aber als er die Angst in ihrem bleichen Gesicht sah, packte er sie heftig bei der Hand.

„Nichts Gefährliches“, sagte er. „Aber es kam so unerwartet.“

Sie strich ihm nervös über die Stirn, die feucht war vor Schweiß.

„Erzähl mir's doch“, sagte sie. Und er hörte ihrer Stimme die Furcht und die Ungewißheit an.

„Wenn du mir versprichst, nie ein Sterbenswort zu irgendeinem Menschen davon zu sagen?“ Er sah sie an mit einem Blick, der ihre Angst vermehrte.

„Ja“, antwortete sie.

Da nahm er sie bei der Schulter und bobrte feins Stirn in ihre weiche Brust. Und so ihr nah und trotzdem verborgen, brach wie ein Stöhnen das Geständnis aus ihm hervor: „Weißt du, wer damals die Kasse geraubt hat? — Rognos!“

Sie presste sich sprachlos an ihn. „Die Kasse?“ fragte sie.

„Ja, meine Kasse. — Damals als Quilthus ermordet wurde.“

Da hob sie sein Gesicht zu sich empor. „Rognos?“

Er sah sie an, gebrochenen Blickes und ratlos. „Ja“, sagte er verzweifelt. „es ist wahr. Heute Abend hat er's mir gesagt. Ich will dir alles erzählen. Daß mich nur erst ein wenig zur Ruhe kommen.“

Er schüttelt und gapeint erzählt er es ihr.

Als er fertig war und sich wieder etwas beruhigt hatte, fragte sie: „Tut es dir sehr weh, daß gerade er es war?“

„Ja“, antwortete er. „Wunderst dich das? Wir waren doch Freunde — wenn wir uns auch nicht kannten. Oder vielleicht gerade deswegen.“

„Aber erwidern muß es dich doch, nicht wahr?“

„Einmal dachte ich es. Aber nun ist es doch ganz anders gekommen. Nein —, er schüttelte den Kopf. „so hatte ich's mir nicht gedacht, als ich mir das wünschte.“

Der Herr mit der Aktentasche: hm. Sonderbar. Ob er noch schläft? Jaht um zehn? (Er klingelt noch einmal, lang anhaltend.) Das müßte er hören (preßt seine Nase an die Tür). Es riecht nach Gas!

Der Herr mit der Aktentasche ist noch geworben, steht sich im Flur um. Niemand ist zu sehen. Eine dunkle Angst vor einer gefährlichen Entdeckung kuckert in ihm hoch. Er möchte fortlaufen. Unsinnt denkt er und schiebt sich wieder dicht an die Tür heran, ich täusche mich. Er holt tief Atem. Und jetzt hat er es untrüglich gespürt. Er hämmert aufgeregt gegen die Tür und schreit: Gas! Gas! Seine Stimme dröhnt im Flur. Türen werden aufgerissen. Gesichter neigen sich über das Treppengeländer. Seine Stimme ist nicht mehr allein.

Frau Karjunks: Tottejott! Ich denke, der Haus fliegt schon in die Luft.

Der Untermieter: Jägerette aus, Fräulein Bitte!

Das Fräulein: Wie? Wo ein Berühmter Gas schreit?

Der Herr mit der Aktentasche: Aus der Wohnung kommt Gas! Halan Sie einen Schloßler! Es öffnet niemand!

Jetzt stehen alle vor der Wohnungstür, an der das Schild „Klemke“ hängt. Das Fräulein schnuppert mit dem gepuderten Naschen in der Luft herum: Tatsächlich. Das Fräulein findet die Situation interessant. Der Untermieter ist nach dem Schloßler oder nach der Feuerwehr gelaufen. Herr Paul ist aus dem ersten Stock hinzugekommen. Sie sprechen gedämpft.

Frau Karjunks: Loben Sie wirklich, daß Klemke...?

Herr Paul (zuckt die Schultern): Wenn einer zwei Jahre ohne Arbeit ist...

Frau Karjunks: Tottejott, sing et dem schlecht, tagelang kochte Kartoffeln, sonst nicht! Der Herr mit der Aktentasche murmelt etwas vor sich hin.

Frau Karjunks (murmelt ihn neugierig): Sie sind wohl so'n Stück Verichtsolltischer, wahr? Sie können Sie gleich den Kuckuck an den Gorg klieben.

Der Herr mit der Aktentasche (leise): Ich wollte... (Er verstummt.)

Herr Paul: Wo die Feuerwehr bleibt! Am Müggelsack hab' ich mal einen Erirunkenen wieder ins Boden demüßt, aber mit'nem Vergifteten weiß ich mir keinen Rat.

Frau Karjunks: Zuerst die Fenster uff!

Der Herr mit der Aktentasche: Und den Gashahn abdrehen.

Frau Karjunks: Schrecklich! Wenn man sich vorstellt... Der arme Klemke! Der arme Klemke! (singt zu weinen an).

Alle blicken auf die Tür.

Herr Paul: Ich schlag die Tür ein, wenn der Schloßler nicht...

Das Fräulein: Sie kommen!

Die Feuerwehr fährt vor dem Hause vor.

Drei Minuten später klist der Herr mit der Aktentasche in Klemkes Wohnung den Gashahn ab.

Außenhandel in der Gefahrenzone

Exportüberschuß von 2,8 auf 1,07 Milliarden gesunken

Während der deutsche Außenhandel in den beiden ersten Kriegsjahren 1929/30 noch einen starken Pluser inmitten der zahlreichen Zusammenbrüche auf allen wirtschaftlichen Gebieten bildete, hat die Krise im dritten Jahr ihres Ablaufs außerordentlich schwere Zerstörungen in Deutschlands Außenwirtschaft hinterlassen.

Der Gesamtumsatz des deutschen Außenhandels, also Einfuhr und Ausfuhr zusammen, ist auf 10,4 Milliarden Mark zusammengeschrumpft, während der Gesamtumsatz im Konjunkturjahr 1929/30 26,1 Milliarden erreichte. Diese Schrumpfung ist im wesentlichen durch den „Erdbeben“ der Preise, in den beiden letzten Jahren aber auch in wachsendem Umfang durch die Drofflung der ein- und ausgeführten Warenmengen hervorgerufen worden.

Im Vergleich mit dem vorhergehenden Jahr ist die Einfuhr von 6,72 auf 4,68 Milliarden und die Ausfuhr von 9,20 auf 5,67 Milliarden gesunken.

Rechnet man die Sachlieferungen auf Reparationskonto hinzu — 1931 noch 393 Mill. und 1932 rund 62 Mill. Mark —, so stellen sich die entsprechenden Exportziffern auf 9,6 bzw. 5,74 Milliarden Mark. Es zeigt sich also zum ersten Mal seit der Stabilisierung der deutschen Währung, daß die deutsche Ausfuhr stärker gesunken ist als die Einfuhr. Allerdings hatte die Einfuhr bereits im Jahre 1927 ihren Höhepunkt überschritten und ist in den folgenden fünf Jahren um rund 67 Proz. zurückgegangen, während Deutschlands Export erst im Jahre 1929 seinen Höhepunkt erreichte und bis 1932 um 55 Proz. seines Wertes schrumpfte. Die Entwicklung in diesen Jahren wird aus der folgenden Tabelle ersichtlich:

	Einfuhr alles in Millionen Mark	Ausfuhr ohne Rep.-Konten in Millionen Mark
1927	13 801	10 375
1928	13 649	11 757
1929	13 446	12 663
1930	10 383	11 328
1931	6 727	9 206
1932	4 686	5 739

Der Exportüberschuß ist damit gegen 1931 von 2872 auf 1073 Millionen Mark gesunken und unter Ausschaltung der Reparationslieferungen von 2470 auf 1011 Millionen. In dieser enormen Verknappung des deutschen Exportüberschusses kommt die bevorstehende scharfe Anspannung der deutschen Devisenbilanz im laufenden Jahr zum Ausdruck, die 1932 noch durch größere Rückzahlungen aus Exporten des vorhergehenden Jahres gelockert werden konnte. Bei etwa 1,3 Milliarden fälliger Zahlungen an Zinsen und Tilgungen auf die im Ausland aufgenommenen Kredite würde es Deutschland nur unter größten Schwierigkeiten möglich sein, seine dringendsten Auslandsverpflichtungen zu decken, wobei als erschwerender Moment noch hinzu kommt, daß bei einer Belebung der Wirt-

schaft und Steigerung der Rohstoffpreise zunächst eine zusätzliche Sonderbelastung der deutschen Devisenbilanz durch die Finanzierung der Rohstoffimporte eintritt.

Bei dem Rückgang der Einfuhr um rund zwei Milliarden Mark entfallen rund 1,1 Milliarde auf Rohstoffe, 476 Mill. Mark auf Lebensmittel und 498 Mill. Mark auf Fertigfabrikate. Das durchschnittliche Preisniveau bei der Einfuhr liegt um 24 Proz. unter dem Stande von 1931, so daß bei einem Gelantrückgang des Einfuhrwertes von 30 1/2 Proz. die Einfuhrmenge um rund 8,5 Proz. gesunken ist.

Die Importe von Lebensmitteln sind im Monatsdurchschnitt auf 124,4 gegen 247,4 Millionen im Jahre 1930 geschrumpft, woraus klar hervorgeht, daß der Einfluß der ausländischen Lebensmittelimporte auf die innerdeutsche Preisbildung von Jahr zu Jahr geringer geworden ist.

Nur agrarische Demagogie stellt sich blind und taub gegen die elementaren Tatsachen, daß die Zerrüttung der Marktentkraft, die sich bei der vorliegenden Handelsbilanz in dem Verfall des deutschen Exportes widerspiegelt, die Ursache schlechter landwirtschaftlicher Preise ist.

Der Wert der Ausfuhr ist gegen 1931 um rund 40 Proz. und die Ausfuhrmenge um 30 Proz. gefallen, so daß sich das durchschnittliche Preisniveau des Exportes um etwa 14 Proz. verringert hat. Katastrophal verschlechtert hat sich die Situation des Fertigwarenexportes, der um

30 Proz. und mengenmäßig um 31 Proz. gesunken ist.

Dieser wichtigste Ausfuhrposten, auf dem die Existenzgrundlage der technisch hochqualifizierten Arbeitermassen und Techniker in Deutschland beruht, ist 1932 im Monatsdurchschnitt auf 374,1 gegen 615 bzw. 753,1 Millionen Mark in den beiden vorhergehenden Jahren gefallen.

Die Ursachen für die schweren Rückschläge im deutschen Export sind verschiedener Art. Die Verschärfung der Weltkrise, die von Währungs- und Zollmaßnahmen begleitet war, hat sich ganz allgemein in einer verheerenden Einengung des Welthandels ausgewirkt. Auf Deutschland mußte bei seiner engen Verflechtung mit der Weltwirtschaft diese Entwicklung mit verdoppelter Wucht zurückschlagen. So ist allein die Einfuhr nach England, die 1931 noch 1,13 Milliarden Goldmark umfaßte, durch die Fundentwertung und die Schwenkung zum Hochschuß um rund 60 Proz. gesunken.

Aber entscheidend mitgewirkt hat an der Zerstörung des Exportes die eigene selbstmörderische Handelspolitik, die von den derzeitigen deutschen Regierungen unter dem Druck der Junker und Landbundgrößen getrieben wird. Diese Politik hat in der Sprengung der Handelsvertragsverhandlungen mit Schweden vor wenigen Tagen ihren freilichsten Ausdruck gefunden.

Beamtenbanken

Neue Reichshilfe gefordert

Nachdem das Reich bei der Stützung der Großbanken und der gemerblichen Kreditgenossenschaften (in großzügig verfahren ist, ist es verständlich, daß die in Not geratenen Beamtenbanken die gleiche Behandlung verlangen.

Wie namentlich festgestellt wurde, belaufen sich die Verluste der Beamtenbanken, die dem Deutschen Beamten-Genossenschaftsverband angeschlossen sind, auf insgesamt 19 Millionen Mark. Davon sind 10 Millionen Mark im Wege der Selbsthilfe — Solidartätigkeit aller angeschlossenen Banken, Inanspruchnahme der Guthaben oder Haufsummen der Beamtengehälter — aufgebracht worden. Ein Reichszuschuß von 4,5 Millionen Mark ist bereits bewilligt worden zu einer Zeit, als der Gesamtverlust noch wesentlich niedriger erschien. Jetzt wird ein neuer Reichszuschuß von 4,4 Millionen Mark gefordert, da dieser Betrag im Wege der Selbsthilfe nicht mehr aufzubringen sei. Eine Verweigerung dieses Zuschusses würde eine ganze Anzahl von Beamtenbanken in unmittelbare Zusammenbruchgefahr bringen. Ueber diesen Betrag hinaus wird eine besondere Hilfe (Reichsbürgschaft?) für die Bank für deutsche Beamte in Berlin und für die Beamtenbank Bremen für notwendig erachtet.

Das Reich wird hier seine Hilfe nicht verweigern können, nachdem es seinen die Hausbesitzer mit Geldentwerten bedacht hat.

Pfund und erlaubt nicht nur Rückstellungen im Betrage von 3,56 Millionen Pfund, sondern außerdem im Vorjahre die Ausschüttung einer Dividende von nicht weniger als 70 Prozent.

Löwen-Böhmisch zahlt 3% Dividende

Die Löwenbrauerei - Böhmisches Brauhaus A.-G., Berlin, verteilt für das Geschäftsjahr 1931/1932 auf ihr 6,25 Mill. Mark Kapital eine Dividende von 3 (im Vorjahr 6) Proz. Der Reingewinn ist von 0,44 auf 0,24 Mill. Mark zurückgegangen.

Die Abschreibungen sind mit 1,5 Mill. M. gegenüber dem Vorjahre kaum verändert. Davon

Geschundene Gläubiger

Das neue Ausnahmerecht für Junker und Landwirtschaft

Die durch den Druck des Landbundes auf den Reichspräsidenten erzwungene Notverordnung über die Erweiterung des Vollstreckungsschutzes wurde jetzt erlassen. Ihre wichtigsten Bestimmungen

sind folgende: Für die landwirtschaftlichen Schuldnern wird der Vollstreckungsschutz, den die Devisennotverordnung 1931 gebracht hatte und der an sich jetzt hätte ablaufen sollen, um weitere sechs Monate verlängert. Er soll nur dann ausgeschlossen sein, wenn der Schuldner bereits ein Jahr oder länger mit seinen regelmäßigen Leistungen im Rückstand ist. Für die landwirtschaftlichen Schuldnern wird der Vollstreckungsschutz, der an sich im Frühjahr 1933 ablaufen sollte, bis zum 31. Dezember verlängert. Er soll nur dann ausgeschlossen sein, wenn der Schuldner eineinhalb Jahre (bisher 1 Jahr) oder länger im Rückstand ist. Darüber hinaus wird der Vollstreckungsschutz für die landwirtschaftlichen Betriebe auch auf das bewegliche Vermögen ausgedehnt, soweit es zur ordnungsmäßigen Fortführung des Betriebes bis zur Ernte erforderlich ist; darin sind aber auch die Erzeugnisse des Grundstücks enthalten.

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als wenn die neue Verordnung die Verlängerung des bereits bestehenden Vollstreckungsschutzes brächte, aber schon die ewige Verlängerung — es ist bereits die dritte — eines Moratoriums, das sonst nur für ganz kurze Katastrophensituationen als berechtigt angesehen wurde, bedeutet eine

schwere Erschütterung der Rechtssicherheit im Kreditwesen.

In Wirklichkeit wird aber der Vollstreckungsschutz für die Landwirtschaft nicht nur verlängert, sondern auch ausgedehnt, und zwar erstens dadurch, daß er nur ausgeschlossen ist, wenn die Rückstände mehr als 1 1/2 Jahre betragen, und zweitens durch die Einbeziehung selbst der Erzeugnisse des Grundstücks in den Vollstreckungsschutz. Das bedeutet, daß auch das sogenannte Früchtepfandrecht praktisch aufgehoben ist.

Für die Offizienbetriebe wurden zwar keine Sonderbestimmungen erlassen, es fragt sich aber, ob das überhaupt noch notwendig war, nachdem man praktisch für alle landwirtschaftlichen Be-

trieben 0,65 Millionen Mark auf die Außenstände, die sich auf 4,7 Millionen Mark ermäßigten. Darunter wurden zum erstenmal 0,1 Millionen Mark Forderungen an Vorstandsmitgliedern ausgewiesen, die wohl Forderungen gegen den verstorbenen Generaldirektor Jaeger darstellen; diese Posten sind zum größten Teile gedeckt.

Schnapsmonopol krankt

Liebesgaben für die Spritbarone

Die im August von Papen dekretierte Erhöhung des Beimischungszwanges von Kartoffelsprit zu Motortreibstoff wurde damit begründet, daß im Interesse der Reichsfinanzen die Monopolverwaltung für Branntwein beschleunigt von ihren Beständen entlastet werden mußte. Daß dieser Zweck nur Vorwand war und daß es sich nur um eine zufällige Subvention für die großagrarischen Kartoffelbrenner handelte, ging aus der bereits einen Monat später erfolgten Erhöhung des Brennrechts von 70 auf 85 Proz. des Grundkontingents hervor.

Anfolgedessen sind, wie aus den Ausweisen der Branntweinmonopolverwaltung für das erste Quartal des Wirtschaftsjahres 1932/33 hervorgeht, die Vorräte nur unzureichend gesenkt worden. Durch die Erhöhung des Brennrechts sind vom Oktober bis Dezember 1932 803 000 Hektoliter hergestellt worden, während im gleichen Zeitraum des Vorjahres die Produktion nur 672 000 Hektoliter betrug, so daß jetzt immer noch 1 850 000 Hektoliter Sprit bei der Monopolverwaltung lagern! Ohne die Erhöhung des Brennrechts wären die Vorräte mindestens auf 1,7 Millionen Hektoliter gesunken.

Wäre man aber unseren Vorschlägen gefolgt, das Brennrecht für ein Jahr zu suspendieren und die Kartoffeln an die Arbeitslosen zu verteilen, was dem Reich nicht einen Pfennig gekostet, außerdem den Schnapsbaronen eine ihren Einnahmen aus dem Brennrecht entsprechende Entschädigung eingebracht hätte, so könnte jetzt die Branntweinmonopolverwaltung bereits fast völlig ihre außerordentlich hohen Kosten verursachenden Bestände abgestoßen haben. Dazu hätten die Arbeitslosen Kartoffeln gehabt und die Kraftverkehrswirtschaft wäre nicht mit dem Beimischungszwang belastet worden.

Die Unterordnung der Interessen der gesamten Wirtschaft unter die Interessen der Großagrarier wird aber auch in Zukunft jede Sanierung der Branntweinmonopolverwaltung unmöglich machen, genau so wie eine von den Junkern diktierte Agrarpolitik jede Gesundung der Landwirtschaft verhindert.

triebe die Zwangsversteigerungen nahezu unmöglich gemacht hat.

Es ist also noch äußerst fraglich, ob es wirklich zur Entlastung der sanierungsunabhängigen Hilfsbetriebe aus dem Sicherungsoverfahren kommen wird und ob wirklich die Gerichte in allen Fällen die Zwangsversteigerung anordnen werden.

Wenn aber der von den Junkern beherrschte Staat auch weiterhin seine schützende Hand über die bankrottesten landwirtschaftlichen Großbetriebe hält, wie soll dann jemals die Bahn zur Gesundung der Landwirtschaft frei gemacht werden, wann können dann jemals die Milliardenopfer der arbeitenden Bevölkerung für die Großagrarier aufgehört und wie kann dann die Regierung Schleicher ihre Versprechen einlösen, daß sie 200 000 Morgen Land beschleiben will. Die Regierung mußte selbst seinen zugeben, daß alles in allem angeblich bloß 20 000 Morgen Land für die Siedlung verfügbar sind.

Aber die ganze Angelegenheit hat nicht bloß eine landwirtschaftliche, sondern auch eine sehr ernste gesamtwirtschaftliche Seite. Solange die kapitalistische Wirtschaft noch besteht, kann sie ohne feste Rechtssicherheit insbesondere im Kreditwesen nicht funktionieren.

Verweigert man dem Gläubiger seinen Anspruch auf Rückzahlung, so wird er aufhören, Kredit zu geben.

der Zahlungs- und Warenverkehr gerät ins Stocken, die Störungen des Wirtschaftslebens, deren Summierung die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist, werden immer wieder aufs Neue vergrößert. Es ist ja auch nicht wahr, wenn man es von interessierter Seite immer so darstellt, als hätte die Landwirtschaft ein Lebensinteresse an dieser Verwirrung der Rechtszustände. Gewiss, faule Landwirte sind noch lange nicht die Landwirtschaft. Die Landwirtschaft als Ganzes ist im Gegenteil aufs stärkste daran interessiert, daß sie wieder in die Kreditwirtschaft eingereiht wird, was so lange ausgeschlossen ist, als sie unter einem Rechtsnordrecht steht.

So muß die ganze Volkswirtschaft durch ewiges Weitererschleppen der künstlichen Wirtschaftsförderungen für die Wirtschaft einiger hundert bankrotter Junker leiden, denen der Junkerstaat ihren Besitz wider alle Wirtschaftsernunft erhalten will. Was dies gehört zum Kapitel „Arbeitsbeschaffung Marke Schleicher“.

Junker und Agrarkredit

Pfandbrief gesund — Agrarkredit krank

Ueber die Fragen des Agrarkredits veranstaltete die Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft in der Deutschen Gesellschaft einen Diskussionsabend, dessen Ergebnis kurz dahin zusammengefaßt werden kann, daß zwar der Agrarkredit in eine schwere Krise gekommen sei, daß aber die Krise des Pfandbriefes als überwunden angesehen werden könne.

Von den Diskussionsrednern fanden ein besonderes Interesse die von Dr. Kofotienicz und von Dr. Bloch, Dr. Kofotienicz unterstrich vor allem, daß trotz der ungünstigen Lage einiger Landwirtschaften die Krise des Pfandbriefes als überwunden anzusehen sei, da man darauf bedacht sei, die erste Hypothek auf Kosten der anderen zu sichern. Dr. Bloch gab eine umfassende Analyse der Krise des Agrarkredits, die er vor allem darauf zurückführte, daß zugunsten eines politisch sehr einflussreichen Teiles des ökonomischen Grundbesitzes umfassende Maßnahmen durchgeführt wurden, die zur Untergrabung des Agrarkredits geführt hätten und letzten Endes auch zu einer schweren Krise des noch schuldenfreien Teiles der bäuerlichen Wirtschaft führen müßten.

So etwas gibt es auch!

Herabsetzung des deutschen Tomatenzolls

Auf Grund einer jetzt unterzeichneten Vereinbarung mit Spanien wird der deutsche Tomatenzoll Übergangswelle bis zum 14. Februar 1933 von 20 auf 10 M. herabgesetzt.

Diese Maßnahme ist erfolgt, um die zwischen den beiden Regierungen eingeleiteten Verhandlungen über die Regelung einiger handelspolitischer Fragen zu fördern.

Krach um Rheinbraune

Dr. Vögler zieht sich zurück

Dr. Silberbergs Wünsche, vom RBE für seine Rheinische Braunkohle A.-G. (vergleiche unseren letzten Sonntagsartikel dazu) die Zusage der künftigen Selbstständigkeit und eine garantierte Dividende in Höhe des 1/4fachen der RBE-Dividende zu erhalten, werden vom RBE nicht akzeptiert. Dieses bietet nur 12 Proz. und die Übernahme der freien Aktien zu 200 Proz., während Bild und Thyssen für ihre Anteile 250 bzw. 300 Proz. erhalten sollen.

Dr. Vögler, der „Präsident“ des RBE, hat sein Aufsichtsratsmandat in der Rheinbraune (nach anderen Meldungen auch in Hils (Charlottenhütte) niedergelegt, um mit seinen Pflichten im RBE nicht in Konflikt zu kommen. Nach Verständigung sieht auch das nicht aus.

70 Prozent Dividende!

Im Londoner Woolworth-Haus

Der Einheitspreisstruß Woolworth, dessen Stammgesellschaft ihren Sitz in New York hat und der auch in Deutschland die Zahl seiner Geschäfte immer noch vermehrt hat sich in den letzten Jahren als ein außergewöhnlich krisenfestes Unternehmen erwiesen.

Am rentabelsten ist zweifellos die britische Zweiggesellschaft.

Wie berichtet wird, hat die dort arbeitende F. W. Woolworth & Co. Ltd., London im Jahre 1932 einen Reingewinn von 4,48 Millionen Pfund Sterling erzielt gegenüber 4,21 Millionen im Jahre 1931 und 3,68 Millionen im Jahre 1930. Einschließlich des Vortrags erhöht sich der Reingewinn für 1932 auf 6,76 Millionen

Hunger an der Havel

Existenzkampf der Siedler von Elisabethhöhe

In der Obstbauiedlung Elisabethhöhe, halbwegs zwischen Blindow und Bliessendorf gelegen, herrscht das nackte Elend. Augenblicklich erhalten die Siedler von der Gemeinde Blindow, die selber nichts hat, wöchentlich 6 Mark Unterstützung. Eigentlich kann man Unterstützung dazu gar nicht sagen, es ist mehr ein Darlehen, für das die Siedler ihre 3er Ernte verpfänden mußten. Denn die 68 Siedler sind im Grunde genommen freie Unternehmer, Rentengutsbesitzer, die nur immer, wenn sie zu einer Wohlfahrtsbehörde kommen, an die Barmherzigkeit appellieren können. Aber nun beginnt in Elisabethhöhe die Schraube ohne Ende: von 6 Mark Unterstützung je Woche kann niemand Kohlen kaufen für die Gemüchshäuser, sie bleiben ungeheizt und demgemäß werden die Elisabethhöher in diesem Jahr Anfang Mai kaum mit Goldlad in die Berliner Blumenhalle fahren können. Ober: von diesen 6 Mark kann niemand Dung kaufen und schon 1932 waren die Tomaten von Elisabethhöhe verhältnismäßig bedenklich klein geraten, weil es an Dung gefehlt hatte.

Dennoch kann man sich getrost zu der Obstbauiedlung Elisabethhöhe bekennen. Sie mußte durchaus nicht von vornherein ein Fehlschlag sein und wie die Siedler selber sagen, sind sie ja bis 1929, auch noch bis teilweise 1930 verhältnismäßig gut daran gekommen, zumal es sich doch um eine ganz junge Siedlung handelt, bei der bislang weder die Kefel- noch die Kirzhäuser irgendeinen Ertrag gebracht haben. Die ganze Ertragsgrundlage mußten bisher die Erdbeeren, die Tomaten und einige Blumenforten abgeben. 1940 wird es schon anders aussehen. Dabei braucht man gar nicht zu verschweigen, daß die Zinslast, die in Elisabethhöhe je Morgen ruht, viel zu hoch ist: sie betrug bisher rund 70 Mark. Denn Eliza-

bethhöhe entstand in einer Zeit — 1927 bis 1929 —, als man noch etwas aus dem Vollen wirtschaftete, und so kostete damals eine rund 11 Morgen große Siedlerstelle mit Haus und Hof knapp 17 000 Mark. Davon waren 3000 Mark bar anzuzahlen, 4000 Mark waren Hauszinskredit und die restlichen 10 000 Mark Staatskredit. Aber hieraus haben ja die verantwortlichen Siedlungsinstanzen längst selber die Konsequenzen gezogen: einmal wird heute für eine Vollbauernstelle im Höchstfalle noch 8000 Mark Kredit gegeben und zum anderen sind inzwischen die Zinslasten für Siedlungskredite von 5 auf 3 Prozent ermäßigt worden. Es kommt hinzu, daß die betreffenden Regierungsstellen bei der Annahme rückständiger Zinsen bisher eine bemerkenswerte Kulanz bewiesen haben.

Schwieriger Handel

Was in Wirklichkeit die Lage in Elisabethhöhe so katastrophal gestaltet hat, ist der Preisverfall für Gartenbauprodukte. Wir wollen hierüber an Hand seines Kassabuches einen Siedler sprechen lassen, der hauptsächlich Gärtner ist, also keinen von den umgestedelten Bergleuten, damit niemand kommen kann und sagen, nun ja, Steinkohle und Erdbeeren wären auch zweierlei. „Sehen Sie mal“ — sagt dieser Gärtner — „im Jahre 1929 bekam ich für ein Bund Goldlad noch 23 Pfennig, im Jahre 1932 aber nur noch 4 Pfennig. Dabei habe ich noch gut verkauft, an manchen Tagen zahlten die Händler sogar nur 2 Pfennig für das Bund. Bei solchen Preisen hört natürlich jede Rentabilität auf. Ober: für Tulpen bekam ich 1931 immerhin noch 60 Pfennig für das Duzend, 1932 jedoch bot man mir sage und schreibe 5 Pfennig für das Duzend und für meine Reiten habe ich 2 Pfennig für ein Bund bekommen.“

Jetzt die Erdbeeren. Hierfür ergab sich 1929 noch ein Durchschnittspreis von 38 Pfennig je Pfund, 1932 aber nur noch einen solchen von 18 Pfennig. Und für meine Tomaten 1929 noch durchschnittlich 11,4 Pfennig je Pfund, 1932 nur noch 2,5 Pfennig je Pfund. Mindestens 4 Pfennig sind aber meine Gestehungskosten, so daß ich bayeres Geld bei den Tomaten zugebe. Aber nun greift eins ins andere. 1932 konnte ich bereits 2000 Tomatenpflanzen nicht mehr düngen, die Folge waren kleine Früchte, die mir niemand abnahm, und das waren immerhin 50 Zentner. Denn Dung ist teuer, im Frühjahr wick der Zentner wohl wieder 45 Pfennig kosten. Aber wir haben doch kein Geld. Fleisch kennen wir überhaupt nicht mehr, seitdem ich meine 70 Hühner bis auf 10 abgeschlachtet habe, die ich von den 6 Mark pro Woche auch noch ernähren muß.“

So kann man eine Frage nach der anderen anschnellen. Hier sei nur noch eine herausgegriffen: die Genossenschaft „Da“ — sagen die Siedler — „natürlich hatten wir eine Genossenschaft. Wir hatten auch einen Stand in der Zentralhalle von Berlin, aber was heißt das? Hier stauten sich nämlich dann an einem Tag bis zu 3500 Tomatenkörbe und dann kamen die Händler und fragten: „Na, was kostet denn euer ganzes Klumpack?“ Im freihändigen Verkauf stehen wir uns viel besser.“ Ein Urteil aus der Praxis.

Die Siedler haben sich jetzt zu einem Verband Märktischer Rentengutsbesitzer zusammengeschlossen. Man kann den Behörden gegenüber allerdings die Forderungen der verarmten Siedler nur nachhaltig unterstützen. Darüber hinaus ist Elisabethhöhe aber ein Schweißpiel dafür, welche ungeheure Verantwortung der Siedlungsträger übernimmt, wenn er Siedler irgendwo ansetzt.

Knader im Postamt

Für 27000 M. Wertzeichen erbeutet

Ein norwegischer Einbruch ist — wie aus Hamburg gemeldet wird — dort von einer zunächst noch unbekanntem Diebstahlsbande auf dem Postamt 36 verübt worden. Die Täter haben in der Nacht ein eisernes Geldspind aufgeschmeißt und daraus für 19000 Mark Franknoten, und für 15 000 Mark Briefmarken gestohlen. Letztere lauten über 3 bis 80 Pfennig. Von den Dieben konnte bisher noch keine Spur erbeutet werden. Sie werden sicherlich verhaften, ihre Beute in Berlin abzuliefern.

Reifen nach Frankreich

Neue Erleichterungen

Zwischen der deutschen und der französischen Regierung sind Vereinbarungen über die Erleichterung des Reiseverkehrs getroffen worden, die am 15. Januar in Kraft getreten sind. Danach dürfen von natürlichen Personen, die ihren ausschließlichen Wohnsitz in Deutschland haben, für Reisen nach Frankreich ohne Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstelle und ohne daß es eines ärztlichen Attestes bedarf, Reisekreditbriefe und Hotelgutscheine des Mitteleuropäischen Reisebüros — dagegen nicht Banknoten — im Betrage von 500 M. je Person und Kalendermonat über die Freigrenze von 200 M. hinaus erworben werden. Ebenso ist dem amtlichen französischen Verkehrsbüro G. m. b. H., Berlin, die Erlaubnis erteilt worden, an Frankreichreisende Reiseführer und Hotelgutscheine der Credit National Hotelier im Betrage von 500 M. unter den gleichen Bedingungen auszugeben.

Ferner dürfen Erziehungsberechtigte, die Zöglinge in französischen Unterrichts- und Erziehungsanstalten untergebracht haben, über die Freigrenze von 200 M. hinaus Beträge bis zu 300 M. je Kalendermonat mit Genehmigung der zuständigen Devisenbewirtschaftungsstelle zum Verbrauch der Zöglinge in den Erziehungs-

anstalten überweisen. Die Beträge der Reisekreditbriefe, Hotelgutscheine und Reiseführer des Credit National Hotelier sind im Reisepaß des Erwerbers zu vermerken.

Als Gegenleistung hat die französische Regierung Zugeständnisse im Handelsverkehr gemacht.

Arbeiter-Wohlfahrt hilft

Neues Erwerbslosenheim

Die Arbeiterwohlfahrt des Kreises Mitte hat es verstanden, trotz der schweren Zeit ein zweites Erwerbslosenheim zu eröffnen. Kürzlich wurde in der Köpenicker Straße 92 mit Hilfe des Jugend- und Wohlfahrtsamtes das neue Heim eingeweiht. Einleitende Worte sprach im Auftrage des Kreisvorstandes Genosse Bernau. Kaffee und Kuchen, Musik und einige Vorträge umrahmten das gefellige Beisammensein. Die Arbeiterwohlfahrt hat in ihrem Bestreben, den arbeitslosen Parteigenossen in dieser schweren Zeit zu helfen, einen neuen Erfolg errungen. Das Heim ist Dienstags und Freitags von 3 bis 7 Uhr geöffnet.

Eine Achtzigjährige. Eine alte „Vormärts“-Verkäuferin, Genossin Jakobi, Johannisthal, Kolonie Neu-Seeland, begibt heute ihren 80. Geburtstag. Von 1904 bis 1920 stand sie als Verkäuferin des „Vormärts“ am Bahnhof Schönhauser Allee.

Arbeiterfänger tagen

Der 13. Bezirk im Gau Berlin des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes hielt im Beisein des Gauvorsitzenden Schneider seine Bezirksversammlung in Kallberge ab.

Der umfangreiche Jahresbericht zeigte, daß der Bezirk und die Vereine auf fester Basis stehen. Durch Ausschleiden des gemischten Chors Friedrichshagen war ein Rückgang der Mitglieder festzustellen. Die bevorstehende Aufnahme der Vereine Herzfelde und Hangelberg dürfte die Scharte wieder ausweihen. Zur Zeit verfügt der Verein

über 6 Männer, 2 Gemischte, 5 Männer- und Gemischte und 2 Jugendchöre mit einem Gesamtmitgliederbestand von über 300 Mitgliedern. Die Kassaverhältnisse sind überraschend günstig. Der gesamte Bezirksvorstand unter Leitung des Genossen G. Schmidt • Fürstenwalde wurde einstimmig wiedergewählt, desgleichen der Bezirkschormeister Behrer Koch • Fürstenwalde. — Das Bezirksfängerfest findet in Verbindung mit dem 40jährigen Jubiläum und Bannerweihe des Gesamtbezirks „Einigkeit“ Fürstenwalde am 19. und 20. August in Fürstenwalde statt. Zum Schluß der Bezirkstagung referierte Chormeister Hille • Fürstenwalde über die Zukunftsarbeit der Arbeiterfänger. Der Gedanke der Zukunftsarbeit liege in den Jugendsängern und Bewegungschören, die in psychologischer, musikalischer, methodischer und organisatorischer Beziehung beleuchtet wurden.

Zirkus Busch

Aus dem reichhaltigen Programm der zweiten Hälfte des Januar treten einige künstliche Spigenleistungen besonders hervor. Da sind zunächst die 4 Niagaras, die unter der Zirkustuppel, ohne Schutzneg, auf dem Drahtseil so haberecherische Kunststücke vollführen, daß alles das Ärmern vergibt. Alle Achtung vor ihrem kaum zu überbietenden Mut; aber ihre Darbietungen wären auch mit Schutzneg noch genau so wertvoll. Nicht weniger gefährliche Sachen machen die 3 Alberts. Der Untermann, diesmal eine Frau, die ihren Mann auf einer Perche in 30 Meter Höhe balanciert. Und damit nicht genug, kommt auch noch die Tochter, schwingt sich an der Stange empor, und die Mutter trägt die Familie und läßt sie über sich herumhüpfen. Dann schwingt noch eine Frau das Szepter, und das ist Herta Romanos mit ihren 12 Gladiatoren, ein jellen schöner Anblick, die 13 sportgetriebenen Körper unter dem Kommando und der Mitarbeit der Frau, die an Stärke den Männern nicht nachsteht, turnen zu sehen. Auf einem schlaffen Drahtseil produziert sich Herr Pommeros, Salto auf Salto schlagend, schelmisch und ohne Reden. Auch der jirrenische Teil des Programms ist, wie immer, ganz vorzüglich. Direktor Althoff zeigt neue Freiheitdarstellungen, unter anderem ein

Pferdekarussell mit den schönsten ihrer Gattung. Sultige Bärenrequisiten werden von Herrn Hans Althoff vorgeführt. Ein Jodelakt voller Höchstleistungen wird von der Mark Compagnie ausgeführt, bei dem ein Jahnjährling Ungewöhnliches leistet. Dann sieht man noch die 3 Carolis, ohne Zweiteil die „besten Kletter der Welt“, wobei der eine einen Salto von einem galoppierenden Pferd zum andern schlägt. Auch Elefanten fehlen nicht, und um das ganze Programm recht bunt zu gestalten, tanzt zwischen den einzelnen Nummern eine Truppe hübsch gekleideter Mädchen.

Der Felssturz

Die Katastrophe von Rochecorbon

Paris, 18. Januar.

Der Felssturz, der sich am Montagmittag an der sogenannten „Laternen von Rochecorbon“ ereignete, worüber der „Vorwärts“ bereits berichtet hat, ist sehr viel schwererer Natur gewesen, als die ersten Berichte verkünden ließen. Nicht weniger als 18 000 Tonnen Felsmasse sind von der Höhe herabgestürzt und haben vier Häuser unter ihren Trümmern begraben. Außer den bereits gemeldeten drei Toten sind zehn Personen zum Teil schwer verletzt worden. Da man neue Felsstürze befürchtet, mußten zwei weitere Wohnhäuser geräumt werden.

Die Bewohner der vernichteten Häuser waren schon vor mehreren Tagen durch das dauernde Abbröckeln von Felsblöcken gewarnt worden. Einige Häuser hatten schon Beschädigungen an der Hinterfront erlitten. Trotzdem wollten sich die Bewohner nicht dazu entschließen, die Häuser zu räumen. Am Montagmittag stürzten mit donnerähnlichem Getöse die Felsmassen herab und verwandelten einen Teil des Villenviertels in eine wüste Trümmerstätte. In einem der Häuser wurde eine 50jährige Köchin am Kopf überrollt und verbrannte bei lebendigem Leibe.

Aus den Trümmern eines zweiten Hauses hörten die Feuerwehrleute lange Zeit das Stöhnen des 70jährigen Besitzers, der verzweifelt nach seinem Sohne rief, der als Feuerwehrmann an den Bergungsarbeiten teilnahm. Nach langen Bemühungen gelang es diesem, bis zu seinem Vater vorzudringen. Als er nach mühsamer Arbeit freigelegt war, war es bereits zu spät. Der Unglückliche starb auf dem Wege nach dem Krankenhaus. Ein anderes Opfer, eine 60jährige

Bezirksausschuß für sozialistische Bildungserbeit, Berlin SW 48, Lindenstr. 3, 2. Hof 2 Treppen. Telefon: Dönhoff 5086/88.

Konferenz der 20 Berliner Kreis-ausschüsse für sozialistische Bildungsarbeit

Dienstag, den 24. Januar, abends 7 Uhr, im großen Saal des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Alte Jakobstr. 148/155. Tagesordnung: „Die organisatorischen Grundlagen und die praktischen Aufgaben der Bildungsarbeit“. Referent: Genosse Stadtrat Karl Schneider. Aussprache. Diese Konferenz ist die Fortsetzung der am 4. Dezember 1932 stattgefundenen Tagung. Sämtliche Mitglieder der Kreisbildungsausschüsse sind zur Teilnahme verpflichtet. Ferner sind alle damals beteiligten sowie sonst an sozialistischer Bildungsarbeit interessierte Genossen und Genossinnen eingeladen. Parteimitgliedsbuch legitimiert.

Frau, die mit ihrem Hause fortgerissen war, antwortete über eine Stunde auf die Anrufe der Feuerwehr. Aber auch für sie kam die Rettung zu spät. Eine der verletzten Frauen ist im Krankenhaus wahnsinnig geworden. Glück im Unglück hatte lediglich ein Kindermädchen, das mit einem Säugling im Arm durch die fließende Doffnung der Hinterfront eines Hauses geschleudert wurde und mehrere Meter weit auf einem Abhang wohlbehalten landete. Weder sie noch das Kind hatten irgendwelchen Schaden genommen.

Die Aufräumungsarbeiten sind noch nicht beendet, aber man rechnet nicht damit, daß sich noch weitere Opfer unter den Trümmern befinden.

Direkter Ausschank vom Faß

von einem 10 Liter an zu Originalpreisen und Kostproben gratis in allen mit versehenen Geschäften — Achtung: 1 Liter enthält ca. 1/12 mehr als eine 1/1 Flasche

BERLIN: *N, Brunnenstraße 42 *N, Müllerstraße 144 *N, Chausseestraße 76 O, Kopenstraße 87 *N, Prenzlauer Allee 50 *N, Schivelbeiner Str. 6 *O, Petersburger Str. 42 *SO, Grünauer Str. 15 *SO, Köpenicker Str. 134/5 *SW, Bergmannstr. 11 *W, Martin-Luther-Str. 86 *NW, Gotskowskystr. 31 *NW, Wilsnacker Str. 25 *Steglitz: Schloßstr. 121	*Charlottenburg: Wilmersdorfer Str. 157 Lankwitz: Charlottenstraße 34 *Neukölln: Berliner Str. 12, Hermannstraße 27 und Bergstr. 66 *Schöneberg: Kolonnenstraße 7 *Oberschönau: Wilhelmshofstr. 40 *Spandau: Potsdamer Straße 23 *Weißensee: Berliner Allee 247 *Tempelhof: Berliner Straße 152 *Pankow: Wollankstraße 98 *Lichtenberg: Wismarplatz 1 Reinickendorf: Markstraße 45 Schmargendorf: Berker Straße 3 Potsdam: Charlottenstraße 69 *Oranienburg: Berliner Straße 1	Erstklassiger süßer Apfelwein, Dessert, 12/14 % Liter — 70 Dessert-Johannisbeerwein das Feinste 12/14 % — 85 Dessert-Kirschwein „Edelklasse“ 12/14 % — 1- Echtspanischer Tarragon „unverschritten“ 16 % — 1.20 1/2 Fl. — 95 Echt span. Malaga „unverschritten“ 16 % — 1.35 — 1.10 Echt ital. Dessertwein, gold. 18 % — 1.40 — 1.15 Echter Original Insel Sinos 18 % — 1.80 — 1.45 Echter Douro-Portwein, eigener Import 20 % — 2.80 — 2.25 Echt spanischer Rotwein, tiefdunkel — 1- — 80 Echter weißer süßer Bordeaux, Original — — 1.50 Echter roter Bordeaux, Original — — 1.50 Prima deutsche Weißweine la. — — 85 — 65	Glühwein, erste Qualität, feinstes Tafelgetränk Liter 1.85 1/2 Fl. 1.45 Bester Nordhäuser Brantwein . . . 32 % „ 2.25 „ 1.85 Feinster Tafel-Aquavit, fusselfrei . . . 35 % „ 2.50 „ 2- Feinster Weinbrand-Verschnitt *** 38 % „ 2.85 „ 2.25 Echter deutscher Weinbrand „Masue“ *** 38 % „ 3.80 „ 2.95 Echter prima Getreidekorn . . . 40 % „ 3.20 „ 2.50 Feiner Jamaica-Rum-Verschnitt . . . 38 % „ 3.70 „ 2.90 Echter Jamaica-Rum-Verschnitt (Teorum) 45 % „ 4.25 „ 3.35 Prima Edelkörn und Punsche . . . 30 % „ — „ 2.45 Erste Sorte Edelkörn, das Feinste . . . 38 % „ 4.20 „ 3.25
--	---	---	--

Sämtliche Preise ohne Glas! Auf Wunsch Lieferung frei Haus! **Eduard Süßkind** Die beste Bezugsquelle für Weine und Spirituosen

Einblendungen für diese Rubrik sind...

- 5. Kreis. Heute Kreisvereinsversammlung bei Gmel...
- 7. Kreis. Bildungsausschussung Donnerstag, 24. Januar...
- 11. Kreis. Freitag, 24. Januar, 20 Uhr. Kreisvereinsrat...

Bezirksauschuss für Sozialistische Bildungsarbeit.

Donnerstag, 19. Januar, 19 1/2 Uhr, beginnt der zentrale Kursus...

Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt.

Achtung, sozialistische Fürsorge und Fürsorgeeinheiten!

Seminar für Wohlfahrtspflege. Der Vortragsabend im Rahmen...

2. Kreis Tiergarten. Freitag, 20. Januar, 19 Uhr, im Reich-Lesesaal...

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Friedrichshagen. Die heute angelegte Elternversammlung...

Frauenvereinsaktionen:

- 124. Abt. Sonnabend, 21. Januar, bei Anders, Bahnhofsstraße...
- 17. Abt. Der Genosse Wilhelm Knoll, Wilhelmshof 10, ist verstorben...

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat...

heute, Donnerstag, 19. Januar, 20 Uhr:

- Koehnholzer Barock: Jochenstr. 19. Unter Erziehungsbildung...
- 103. Abt. Montag, 16. Januar, ist unser langjähriger Parteimitglied...

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

heute, Donnerstag, 19. Januar, 19 1/2 Uhr, laden die Gruppen...

Abend mit Buch und Schallplatte. - Offen: Jugendheim Frankfurt Allee 207...

Borträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin S 14, Seckendorfer Str. 2-3...

Arbeiter-Samariter-Bund e. V., Kolonne Berlin.

Geschäftsstelle: R.D. 13, Jochstr. 4, Telefon: E 3 Königsplatz 6498.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin.

Geschäftsstelle: P. Schneider, Berlin N.D. 55, Hufelandstr. 31.

Englisch-Streife „Verleugnung“. Heute, 21 Uhr, im Bau-Stuhl, Neue Kleine Straße...

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater. Donnerstag, den 19. Januar. Staatsoper Unter den Linden. Eine Nacht in Venedig.

Winter Garten. Gaston Palmer. 20 Wienerinnen konzertieren. Fuss-Heuser-Weiser.

SCALA. Theater. 5 u. 8 1/2 Uhr. MAURICE COLLEANO. PAUL GRAETZ.

Städt. Oper. Charlotteburg. Fraunhofer 0251. Donnerstag, 19. Januar.

PLAZA. Theater. 8 1/2 Uhr. KATJA Die Tänzerin.

Deutsches Theater. Schumannstr. 13a. Weidendamm 3201. Täglich 8 Uhr.

Theater im Admiralsp. 81. Merkur 9901. 20. Januar 7 1/2 Uhr. Uraufführung.

Kammerspiele. 8 Uhr. Ensembles erwachsener Schauspieler. Die Flasche.

Für freien Rundfunk mit Europaprogramm und Geräteversicherung. VOLKS-FUNK.

CASINO-THEATER. 8 1/2 u. 10 1/2 Uhr. Lothringers Straße 37. Täglich Bunte Bühne.

Berliner Theater. Operntheater, 30. Orchest. 825. Täglich 8 1/2 Uhr.

HAUS WATLAND. Vergnügungs-Restaurant Berlins. BETHRIE KEMPINSKI.

Auslandsreise mit Felix Dresser. Maria Paulier. Oscar Sabo, Löss, Behal, Berghof, Witt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Achtung! Verwaltungsmittglieder!

Bekanntmachung. Der 36. Nachtrag zur Gesetzgebung...

Schiller. Operntheater. (Kais.) Spielpl. (C) 7113. Täglich 8 1/2 Uhr.

Tempelhof. 1 1/2-, 2-, 2 1/2- u. 3 1/2-Zimmer-Neubauwohnungen von Mk. 48.- bis 87.- an.

KLEINE ANZEIGEN. Preise: Überschriftswort 20 Pf., Textwort 10 Pf.

NEUE WELT. Gr. Bockbierfest. Grosses Schweineschlachten 6 Kapellen.

Verkäufe. Exakta. Rolanstr. 9. Möbel.

Musikinstrumente. Vianos. 100.-, 125.-, 150.- gebrauchte.

Fahrräder. Gebrauchte. Fahrrad 15.-, 20.-, 25.-, 30.-.

Bekanntmachung. Der 36. Nachtrag zur Gesetzgebung ist durch das Oberverwaltungsamt...

Möbel. Exakta. Rolanstr. 9. Möbel.

Radio. Vianos. 100.-, 125.-, 150.- gebrauchte.

Grundstücksverkäufe. Grundstück, bestehend aus Wasser, mit Solchhaus...

Verkaufe. Exakta. Rolanstr. 9. Möbel.

Radio. Vianos. 100.-, 125.-, 150.- gebrauchte.

Kaufgesuche. Rehgebisse. Hartnackfälle. Querflöte.

Ver-schiedenes. Ball. Faunze heute, 19 1/2 Uhr nachm. Café Lindenstr. 108.

Verkaufe. Exakta. Rolanstr. 9. Möbel.

Radio. Vianos. 100.-, 125.-, 150.- gebrauchte.

Ver-mietungen. Oben. Stadthaus. Oben. Stadthaus. Oben. Stadthaus.

Ver-mietungen. Oben. Stadthaus. Oben. Stadthaus. Oben. Stadthaus.

Alma mater saugt, die sich gegen Reaktion und Banditismus überhaupt nicht mehr zu wehren mag! Die Frage Georg Herweghs: „Rusland hat seinen Schicksal und Deutschland seine Professoren — welches ist das unglücklichste Land?“ läßt sich noch immer nicht beantworten. (Heiterkeit und Beifall bei den Soz.)

Daselbe Zurückweichen an anderen Stellen der Kulturfront. Gegen Hans Gott, Kaiser und Bauer hat man die heiligste Theaterzensur zur Anwendung gebracht, die es überhaupt gibt. (Heiterkeit.) Wir marnen das Zentrum, das Spiel der Nationalisten mitzuspielen, die aus jeder Kulturfrage ein reines Nachproblem machen! Haben sie doch auch den Rundfunk rechts für nationalsozialistisches Kraftmeierei erhoben. Der Kether wird jetzt häufiger von den Klängen des Hohenfriedberger erschüttert, als für die Ohren vernünftiger Menschen erträglich ist. (Großer Lärm bei den Soz.)

Nach den Grundgedanken des neuen Kulturkommissars in Preußen zu fragen, ist wohl nur eine rhetorische Frage. (Heiterkeit.) Aber im Jahre 1927 hat Herr Professor Köhler in einem Buch, als seine Erziehungsziele dargelegt:

„Der Religion wieder die zentrale Stellung im Unterricht zu geben, die Völkerverehrung zu bekämpfen, die Hochachtung der Masse auszurollen, gegen die Gleichstellung der Geschlechter und gegen die Grundschule zu kämpfen.“

Die „Berliner Börsenzeitung“ sagt es in seinem Sinne etwas deutlicher: Kreuz und Schwert voranzutragen und die Weichlichkeit gegenüber seiner Majestät dem Kinde wieder auszulassen. Knüppelpädagogen an die Front! Ist der Schlachtruf der Kulturreaktion. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Entschleunigungsschlacht zwischen Reaktion und Arbeiterklasse wird nicht an der Kulturfront, sondern an der politischen Front führen. Die Kulturreaktion ist ja nur ein Teil des gesellschaftlichen Gesamtphänomens der Gegenwart.

In der Wirtschaft die Krise, in der Politik der Diktatorismus, auf dem Kulturgebiet die Barbarei — das zusammen ergibt erst das Gesamtbild.

Uns gegenüber steht die Reaktion in zwei Heerhaufen, der faschistische und der feudale Flügel. Diese faschistische Reaktion haben wir mit Hilfe der von ihnen mit vollem Recht so geschmähten materialistischen Geschichtsauffassung als nicht zeitbeständig erkannt, weil sie auf feiner einseitigen Klassengrundlage aufgebaut ist, sondern nur eine Breckensammlung darstellt. Darum mußte die Zeit ihr furchtbarer Feind sein, und die Arbeiterklasse mußte lavieren, um Zeit zu gewinnen. Diese tatsächliche richtige Politik hat die Sozialdemokratie eingeschlagen, und mit ihr haben wir in den deutschen Faschismus den Todesstein gelegt! Wir haben dabei mit einer unpopulären Politik unserer unergieblichen Parteiapparate der schwersten Zerreißprobe unterziehen müssen. Aber

unserer Rechnung hat gestimmt, und die Masse hat uns längst Entlastung erteilt.

Die Risse und Sprünge im Hakenkreuz, die sich allmählich zeigten, werden zu einem Bruch im Hakenkreuz werden. Ihre Faszinierungskraft ist dahin, sowohl gegenüber dem Staatsapparat wie gegenüber dem kleinstädtischen Wähler. Ihre Zukunft ist bestenfalls die einer neu etablierten Wirtschaftspartei. Wenn ich Ihr Schicksal neulich mit dem Worte „Vom Adlerhorst zur Geißelkammer“ umschrieben habe, so war nur der Adlerhorst übertrieben. (Erneute Heiterkeit!)

Nun gilt es das deutsche Volk auch von der neuen Junterherrschafft der Papen, Schleicher und Köhler zu befreien, die ohne die Nationalsozialisten niemals über uns gekommen wäre. Auch hier war bereits trotz aller zusammenwirkenden Faktoren Papens Sturz ein erster Sieg der deutschen Demokratie. (Sehr gut bei den Soz.)

Zwischen Schleicher und uns hat der 20. Juli eine unabdingbare Feindschaft gesetzt. Wir haben zum Generalsozialismus kein Vertrauen; aber vor allem ist Schleicher Träger des Systems, das am 20. Juli die Mitregierung der Arbeiter im Staat gewaltsam beendet hat. (Sehr gut!)

Wenn die Nationalsozialisten sich an Schleichers Reichel spannen lassen, bringen sie es höchstens noch zum Astermeier in der Wilhelmstraße. (Heiterkeit!) Wenn sie aber in Verzweiflung die Opposition gegen Schleicher fortsetzen, dann müssen sie in einen neuen Wahlkampf mit leerer Seele, leeren Gehirnen und leerer Kasse.

Wir rufen das verehelende Proletariat und den zerriebenen Mittelstand zum Kampf gegen die faschistische und feudale Reaktion und rufen zu unserer Hilfe auch den freien Geist. (Stürmischer, langanhaltender Beifall und Freiheit-Rufe bei den Soz.)

Abg. Dr. Haupt (Soz.): Es gibt keine Wissenschaft außerhalb des Volkes. Alles andere ist nur internationale Arroganz. Die Sozialdemokratie lebt nur nach den Weisungen des „Berliner Tageblatts“ und der Juden. Mit den Kommunisten sind wir einig in der Forderung der Erziehung der deutschen Jugend zur deutschen Nation, und wir begrüßen es, daß diese Formulierung eine kommunistischer Redner gefunden hat. Die meisten Kommunisten gehören in unsere Reihen. Um des Deutschlands willen sind wir leidenschaftlicher Antisemiten wie ich. Kein Jude darf Lehrer an einer deutschen Schule sein. Im Geistigen sind wir Nationalsozialisten für unbedingte und schrankenlose Autarkie. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Schumacher (Z.) und Abg. Veidt (Christl. Soz. Volksd.) plädieren für die Rechte der Religionsgemeinschaften über die Volksschule.

Die Fortsetzung der Kulturdebatte wird auf Donnerstag mittags 12 Uhr vertagt.

Im Hugenberg-Konzern

Zwischen Müller und Hugenberg fand eine Aussprache statt.



„Herr Goebbels, Ihre Singerei stört momentan sehr.“

Werner Sombart

Historiker des modernen Kapitalismus

Werner Sombart wird heute 70 Jahre alt. Unter den bürgerlichen Nationalökonomien Deutschlands ist er sicher der bedeutendste. Er steht auf ein reiches wissenschaftliches Lebenswerk zurück. Im Mittelpunkt dieses Lebenswerkes steht sein sechsbändiges Hauptwerk „Der moderne Kapitalismus“, das zweifellos zu den besten Darstellungen der Wirtschaftsgeschichte und des kapitalistischen Systems gehört, so ernst auch die Bedenken waren, die Max Weber und Lujo Brentano gegen Hauptertennisse Sombarts anmeldeten.

Immerhin ist Sombart ein Kritiker des herrschenden kapitalistischen Systems. Obwohl er kein Jude ist, hat ihm das kaiserliche System von jeder ordentlichen Professur in Deutschland ferngehalten. Erst der Umsturz von 1918 eröffnete ihm als Schmollers Nachfolger die Berliner Universität.

Seine Stellung zur Arbeiterbewegung ergibt sich aus seiner Ablehnung der Theorie des Klassenkampfes. Anhänger der idealistischen Weltbetrachtung und Individualist durch und durch, wurde er zwar der wissenschaftlichen Bedeutung von Karl Marx gerecht, nicht aber dem Sozialismus.

Als junger Gelehrter stand er Heinrich Braun nahe, der ihn vergeblich für die sozialdemokratische Partei zu gewinnen suchte. Die letzte Auflage seines berühmten Buches: „Sozialismus und soziale Bewegung“ enthält maßlose Angriffe auf Karl Marx, die Sombart dann im Geleitwort zu den Schlussbänden seines „Modernen Kapitalismus“ abzumildern versuchte.

Hier heißt es dann: „Dieses (Sombarts) Werk will nichts anderes als eine Fortsetzung und in einem gewissen Sinne die Vollendung des Marx'schen Wertes sein. So schroff ich die Weltanschauung jenes Mannes ablehne und damit alles, was man jetzt zusammenfassend und wertbetonend als „Marxismus“ bezeichnet, so rückhaltlos bewundere ich ihn als Theoretiker und Historiker des Kapitalismus. Von seinen Fragen leben wir heute noch. Mit seiner genialen Fragestellung hat er der ökonomischen Wissenschaft für ein Jahrhundert die Wege gewiesen. Alle Sozialökonomien, die sich diese Fragestellung nicht zu eigen machen wußten, waren zur Unfruchtbarkeit verdammt.“

Sombarts Weltanschauung ist, wie sein letztes Werk: „Die drei Nationalökonomien“ erkennen läßt, aristokratisch: Die Wissenschaft solle dazu beitragen, „das Leben weniger Einzelner voller, reicher, harmonischer zu gestalten“. Sombarts Gegenlag zum Sozialismus ist damit eindeutig gefaßt, wenn er auch kürzlich in der Schrift: „Die Zukunft des Kapitalismus“ die planwirtschaftlichen Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung keineswegs leugnet. Aber Sombart, der den Begriff „Spätkapitalismus“ geprägt hat und der vom Kapitalismus sagt, daß er alt geworden sei, hält die Entwicklung zu einer kapitalistischen Planwirtschaft für ebenso möglich, wie zu einer sozialistischen.

Sombart ist ein Historiker und ein Denker von großem Format, der die Wirtschaftsercheinungen nie aus dem Fluß und dem ganzen der Kulturentwicklung löste und so auch den Kapitalismus als vorübergehende Erscheinung erkennen konnte. Außerdem ist er ein Meister der Systematik und der Formulierung. Seine fast überbewegliche Geistesfertigkeit hat immer anregend gewirkt. Das kann trotz seines Unverständnisses für den Sozialismus anerkannt werden.

Bühnendialog

„Wie heißt der Komparativ von bankrott?“
„Bankrotter.“
„Falsch! Bloß: Rotter!“
Joe.

Abwürgung der Bezirksreform?

Bracht und neues Berlin / Von Bürgermeister Carl Herz

Am 10. September 1932 erließ der stellvertretende Reichskommissar Dr. Bracht an den Oberbürgermeister von Berlin zwei zur Veröffentlichung bestimmte Erlasse, die sich mit der Organisation der Stadt Berlin befassen und kurzfristig mit Rücksicht auf die Notwendigkeit „einer Lösung“ die Einreichung von Reformvorschlüssen verlangen.

In Ausführung der beiden ministeriellen Erlasse arbeiteten die zuständigen städtischen Instanzen Reformvorschlüsse aus, die sich auf der vom stellvertretenden Reichskommissar vorgezeichneten Grundlinie bewegten, also die Zahl der Verwaltungsbezirke verminderten und Bezirksamt und Bezirksversammlung zu einer einheitlichen Verwaltungskörperschaft zusammenfaßten.

Sollte sich die Richtigkeit der Meldungen, daß die Bezirksreform gefährdet sei, bewahrheiten, so wird eine Frage unmittelbar akut, die schon bei Herausgabe der beiden Erlasse stark mitbestimmend gewirkt hat:

Ende März scheiden infolge Ablaufs der zwölfjährigen Wahlzeit 66 von 107 besetzten Bezirksamtsmitgliedern aus.

Die Besetzung der freierwerdenden Stellen in dem durch das Dringlich vorgeschriebenen Umfang wird damit unerläßlich. Die verantwortlichen Instanzen müssen daher umgehend für die rechtzeitige Besetzung der freierwerdenden Planstellen Sorge tragen.

Es ist bekannt, daß rechtsorientierte Kreise eine Hinausschiebung der Wahl verlangen, weil die gegenwärtigen Bezirksversammlungen überaltert seien und in ihrer Zusammenfassung nicht mehr die gewandelte Stimmung breiter Volksschichten widerspiegeln. Die Wahl der Bezirksamtsmitglieder soll daher den im Herbst neu gewählten Bezirksversammlungen vorbehalten bleiben.

Diese Begründung wirkt etwas eigenartig im Munde von Politikern, die die Verwaltung nicht auf den Volkswillen, sondern auf autoritäre Berufung gründen wollen

und das parlamentarische System als überlebt bekämpfen. Aber ein im „Vokal-Anzeiger“ vom 17. Januar 1933 erschienener Artikel des Bürgermeisters a. D. Dr. Marekly, der bereits stillschweigend mit dem Wilsingen der Reform als mit einer vollendeten Tatsache rechnet, läßt erkennen, daß man bereits jetzt Wege sucht, um die nach der Befehlsgabe jetzt automatisch ausgelöste Neuwahl durch die Bezirksversammlungen zu unterbinden. Es wird dabei übersehen, daß die

rechtlichen Schwierigkeiten, die der Erreichung dieses politischen Zieles entgegenstehen, größer sind, als offenbar in manchen einflussreichen Kreisen angenommen wird.

Herr Dr. Marekly schlägt zur Erreichung des Zieles vor, den von den gegenwärtigen Bezirksversammlungen neu gewählten Bezirksamtsmitgliedern schiedsrechtlich die Bestätigung zu verweigern und die alten Bezirksamtsmitglieder nach Ablauf ihrer Wahlzeit zu Kommissaren zu bestellen. Schon die von ihm befürwortete generelle Verlegung der Bestätigung wäre sehr bedenklich. Denn wenn auch die Bestätigung im pflichtgemäßen Ermessen der Bestätigungsbehörde steht, so wäre die Ermessensfreiheit hier offenbar überschritten. Nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts kommt der Bestätigung die Bedeutung zu, daß von Aufwärts wegen keine Bedenken gegen die Anstellung des Gewählten durch die dafür zuständige Stelle bestehen.

Die neuere Rechtsprechung neigt dazu, die Zufälligkeit der Kommissarbestellung durch staatsaufsichtlichen Verwaltungsakt, die nach der Städteordnung selbst nur in einem genau umschriebenen Falle gestattet ist (vgl. § 33 Absatz 2 der Städteordnung), erheblich zu erweitern. Aber da die Kommissarbestellung immer nur eine Ausnahme bilden darf, die die als Normalfall gedachte Wahl durch die Gemeindevertretung durchbricht, so wird an einer Voraussetzung als begriffsnotwendig stets festgehalten: Es muß eine aus dem Innern der Gemeindeverwaltung selbst hervorgehende Störung der geordneten Verwaltung vorliegen. Davon kann hier keine Rede sein.

Notverordnung nicht möglich

Auch der Weg über eine Notverordnung, an den in manchen Kreisen gedacht wird, ist nicht gangbar. Die sogenannte Dietramszeller Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. August 1931, die die Grundzüge der preussischen Reformordnungen bildet, gibt hier keine Handhabe, da sie nur zur Sicherung des Haushalts gegeben ist und durch die geplante Kommissarbestellung eine finanzielle Erparung weder beabsichtigt noch erreicht wird. Ebenfalls ist rechtlich vertretbar der Versuch, die in Artikel 55 der Preussischen Verfassung dem Staatsministerium eingeräumte Ermächtigung zum Erlass von Notverordnungen auszunutzen. Denn abgesehen davon, daß auch die Voraussetzungen für die Anwendung dieser Ermächtigung nicht vorliegen,

kann als befugte Stelle zum Erlass der Notverordnung nur das Ministerium Braun-Severing angesehen werden.

nicht aber der Reichskommissar und seine Beauftragten. Nach dem berühmten Urteil des Staatsgerichtshofes ist der Staatskommissar nicht befugt, die aus der Grundstruktur der Verfassung sich ergebenden Hoheitsbefugnisse an sich zu ziehen. Es bleibt also nur der Weg über den parlamentarischen Gesetzgeber übrig.

Welche Auswirkungen die durch die jetzige Stellung des Reichskommissars geschaffene Situation nach sich ziehen wird, ist zunächst noch unübersichtlich. Zur Zeit bleibt nur übrig, die Durchführung der Neuwahl durch die zuständigen Bezirksversammlungen schleunigst in Vorbereitung zu nehmen.

Die Schwarzweißrotten Monarchisten und Republikfeinde hören eine Papen-Rede an

Der Stahlhelm hat gestern in den Tennishallen eine sogenannte Reichsgründungsfeier veranstaltet. Der Festredner gegen Verfassung und Republik war natürlich Herr von Papen. Den Kern seiner Rede bildete eine Erinnerung an den Staatskrieger Bismarck mit Wilhelm I. gegen das Parlament. Es war also alles stillschweigend. Wer Herr von Papen ist, weiß man. Statt jeder weiteren Kennzeichnung ist hier die Liste der „prominenten“ Teilnehmer:

Oberstleutnant Duesterberg, der Ex-Kronprinz, Prinz Eitel Friedrich, Major a. D. v. Stephani, Generalleutnant v. Wodder, Generalleutnant Zietzen, die beiden Söhne des Prinzen Oskar, Ministerialrat Putah von der Reichskanzlei, Ministerialrat Dr. v. Staa vom Kultusministerium, Polizeipräsident Dr. Meiser und der Kommandeur der Schutzpolizei, Polizeioberst Pöten.

Belgischer Volksprotest Die Erregung der Arbeitermassen

Brüssel, 18. Januar.

Die sozialreaktionäre und unkonstitutionelle Politik der Bürgerblockregierung, trotz des sozialistischen Wahlsieges, hat die Arbeitermassen gewaltig erregt. Am Vorabend des Wiederzusammentritts des Parlaments zogen 25 000 Sozialistinnen aus ganz Belgien demonstrierend durch die Hauptstadt. Plakate gegen die Teuerung sowie gegen die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung zeigten den Zweck des Aufmarsches. Vor dem Volkshause sprachen Vandervelde und mehrere weibliche Abgeordnete. Ministerpräsident de Broqueville weigerte sich, eine Abordnung zu empfangen.

Roosevelt und Rußland

Keine Anerkennung, aber Ausbau der Handelsbeziehungen

London, 18. Januar.

Der „Evening Standard“ hat von Freunden des zukünftigen amerikanischen Präsidenten Roosevelt die Nachricht erhalten, daß er entgegen den Erwartungen russischer und russenfreundlicher Kreise in Amerika von einer Anerkennung Räte-Rußlands, die angeblich sofort nach seinem Amtsantritt erfolgen sollte, Abstand nehmen werde.

Roosevelt werde keinen Botschafter nach Moskau entsenden, wolle aber ein Kompromiß machen und amtliche Handelsvertreter nach Rußland schicken. Auf diese Weise wolle er vermeiden, diejenigen Amerikaner vor den Kopf zu stoßen, die mit den Bolschewisten nichts zu tun haben möchten, und gleichzeitig wolle er die schon starke wirtschaftliche Stellung Amerikas in Rußland noch weiter ausbauen und kräftigen.

